



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang · Heft 9

September 1984

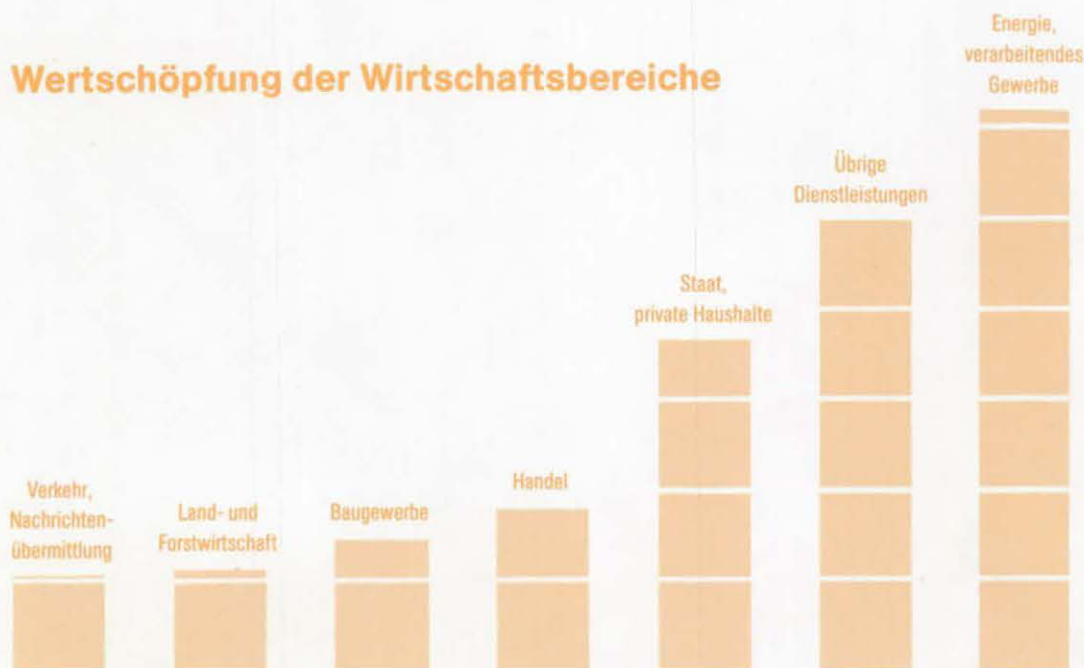
Grafik des Monats: Lohnverhältnisse in den Gemeinden 1983

Aufsätze: Der Staat in den VGR

Kaufwerte landw. Grundstücke

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		Juni 1984		Januar bis Juni 1984	
Beschäftigte	1 000	164	— 0,8	163	— 2,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	— 4,9	16	— 2,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	515	— 1,4	484	+ 1,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 014	+ 3,5	2 926	+ 6,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 378	— 1,8	2 299	+ 3,0
Auslandsumsatz	Mill. DM	636	+ 29,5	627	+ 22,0
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 545	+ 5,8	1 607	+ 3,4
aus dem Inland	Mill. DM	1 075	— 1,4	1 154	+ 2,0
aus dem Ausland	Mill. DM	470	+ 26,8	453	+ 7,2
Energieverbrauch	1 000 t SKE	190	+ 21,4	215	+ 13,5
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	48	— 4,6	47	— 0,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6	— 17,7	5	— 2,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	136	— 10,8	118	+ 2,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	374	— 33,1	281	— 8,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	240	— 13,1	225	— 12,9
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 257	— 38,0	1 117	— 24,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	574	— 19,0	399	— 40,3
Einzelhandel		Mai 1984		Januar bis Mai 1984	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	107,5	+ 0,7	104,2	+ 2,4
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	118,3	— 6,1	90,8	— 0,0
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	284	— 4,4	162	+ 1,9
Übernachtungen	1 000	1 371	— 9,5	741	+ 2,4
Arbeitsmarkt		Juni 1984		Januar bis Juni 1984	
Arbeitslose	Anzahl	101 848	+ 2,9	111 915	+ 1,5
Ausfuhr		Mai 1984		Januar bis Mai 1984	
Ausfuhr	Mill. DM	943	+ 41,3	777	+ 16,6
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	915	+ 50,6	770	+ 23,7
Kredite⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 451	+ 6,5	9 223	+ 4,1
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	40 978	+ 6,1	40 618	+ 6,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 9/84

	Seite
Aktuelle Auslese	149
Aufsätze	
Der Staat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	150
Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1983	161
Grafik des Monats	156
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 4/1984

Schleswig-Holstein im Jahre 1983

Heft 5/1984

Der Hamburg-Nachbarraum bis 1998

Heft 6/1984

Ausstattung der Haushalte

Reiseziel Schleswig-Holstein

Heft 7/1984

Kinderunfälle

Energieverbrauch der Industrie

Heft 8/1984

Europawahl 1984

Straßenverkehrsunfälle

Fremdenverkehr Winter 83/84

Kaufwerte für Bauland



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

36. Jahrgang

Heft 9

September 1984

Aktuelle Auslese



Weniger Unfälle und weniger Tote im Straßenverkehr

Im 1. Halbjahr 1984 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen der Polizei insgesamt rund 37 000 Unfälle. Davon hatten knapp 29 000 Unfälle (78 %) lediglich Sachschäden, gut 8 000 Unfälle auch Personenschäden zur Folge. Bei den Unfällen mit Personenschaden wurden 222 Personen getötet und 10 449 Personen verletzt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verringerte sich die Gesamtzahl der Unfälle um 2,1 %. Sowohl bei den Unfällen mit Personenschaden als auch bei den Unfällen mit Sachschaden war eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen. Der Rückgang war bei den Unfällen mit Personenschaden jedoch deutlich stärker als bei den Unfällen mit Sachschaden (– 3,8 % gegenüber – 1,6 %). Die Zahl der Verkehrstoten verringerte sich sogar um 11,2 %. Bei den Verletzten waren es 2,9 % weniger als im 1. Halbjahr 1983.



Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1984

Wie schon in den vorangegangenen Monaten dieses Jahres ist auch im Juni die Beschäftigtenzahl im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe leicht gestiegen, und zwar gegenüber dem Vormonat um 0,7 % auf gut 47 900 Personen. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1984 ist damit die Beschäftigtenzahl etwa im Niveau des Vorjahres gehalten worden. Die anderen Halbjahresdaten zur Baukonjunktur stimmen wenig optimistisch. Die geleisteten Arbeitsstunden betrugen von Januar bis Juni 1984 über 29 Mill. Stunden und damit um gut 2 % weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Noch stärker sank der baugewerbliche Umsatz. Er betrug im ersten Halbjahr 1984 rund 1,7 Mrd. DM, was einem Rückgang von fast 9 % entspricht.

Auch die Frühindikatoren Auftragseingang und Baugenehmigungen versprechen keine Belebung der Bauwirtschaft. Die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten meldeten für das erste Halbjahr 1984 Auftragseingänge im Wert von knapp 1,4 Mrd. DM, das sind 12,9 % weniger als im gleichen Zeitraum 1983. An dieser Entwicklung sind vor allem der Wohnungsbau (– 17,6 %) und der Wirtschaftsbau (– 14,8 %) beteiligt. Bis einschließlich Juni 1984 waren 3 111 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude erteilt und damit 24,1 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.



Verbraucher hielten sich zurück

Im 1. Halbjahr 1984 hat sich die Geschäftstätigkeit im schleswig-holsteinischen Einzelhandel etwas verschlechtert. Zwar setzte der Einzelhandel in laufenden Preisen 1,2 % mehr um als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1983, preisbereinigt ergibt sich jedoch ein Minus in Höhe von 1,6 %. Die Zahl der Beschäftigten ging im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni um 1,8 % zurück. Von den neun Zweigen des Einzelhandels konnte nur der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sein Vorjahresergebnis in konstanten Preisen geringfügig übertreffen (+ 0,1 %). Recht gut hielten sich noch der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln (real: – 0,1 %), der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, mit elektrotechnischen Erzeugnissen, mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (z. B. aus Warenhäusern) sowie mit Kraft- und Schmierstoffen (real jeweils rund – 1 %). Stärkere Umsatzeinbußen verzeichneten der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (real: – 3,0 %) sowie der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (real: – 7,8 %). Am schlechtesten schnitt der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen ab. Er setzte nominal 8,3 % und real 11,1 % weniger um als im ersten Halbjahr 1983.

Der Staat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Methode und Ergebnisse 1970 bis 1982

Abgrenzung und Gliederung des Staatssektors

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Einheiten entsprechend der Art ihrer ausgeübten Tätigkeit, ihrer Stellung am Markt und den daraus resultierenden Finanzierungsmöglichkeiten gruppiert und zu Sektoren zusammengefaßt. Üblicherweise werden die Sektoren Unternehmen, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Staat unterschieden¹. Der Sektor Staat in diesem Sinne umfaßt alle Institutionen, deren Aufgabe darin besteht, Dienstleistungen eigener Art – sogenannte öffentliche Güter – für die Allgemeinheit zu erbringen, die meistens ohne unmittelbare Gegenleistung abgegeben werden. Zu den öffentlichen Gütern zählen insbesondere Infrastrukturleistungen, wie z. B. Straßen, Schulen, öffentliche Parkanlagen, Krankenhäuser sowie das Rechts- und Sicherheitswesen. Finanziert werden die staatlichen Dienstleistungen im allgemeinen aus Zwangsabgaben, d. h. aus Steuern, Zöllen, Verwaltungsgebühren u. ä.

Zum Staat zählen die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger befindlichen Unternehmen werden dagegen, unabhängig von ihrer Rechtsform, im Unternehmenssektor nachgewiesen. Die Gebietskörperschaften werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weiter untergliedert in die drei Teilbereiche Bund (einschließlich Lastenausgleichsfond und ERP-Sondervermögen), Länder einschließlich Stadtstaaten sowie Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks-, Landschaftsverbände usw.) einschließlich kommunaler Zweckverbände (soweit vorwiegend aus öffentlichen Zuschüssen finanziert).

Zur Sozialversicherung zählen die

- Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
- Knappschaftliche Rentenversicherung

- Zusatzversorgungseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften (z. B. Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Zusatzversorgungskassen von Gemeinden und Gemeindeverbänden)
- Altershilfe für Landwirte
- Gesetzliche Krankenversicherung
- Gesetzliche Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung.

Organisation der Berechnung

Während die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) bezieht und keine Ergebnisse für die einzelnen Länder liefert, hat der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder die Aufgabe, gesamtwirtschaftliche Berechnungen für die Länder des Bundesgebietes durchzuführen. Dem Arbeitskreis gehören alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie das Statistische Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt an. Alle Arbeiten sind auf die Statistischen Landesämter nicht regional, sondern in der Weise verteilt, daß jedes Landesamt die ihm vom Arbeitskreis übertragene Aufgabe für alle übrigen Länder mitbewältigt.

Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder ermittelt jährlich für den Sektor Staat regionale Ergebnisse der Entstehungsrechnung (Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung), der Verteilungsrechnung (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit), der Umverteilungsrechnung (empfangene und geleistete Übertragungen), der Verwendungsrechnung (Bruttoanlageinvestitionen und Staatsverbrauch) sowie Erwerbstätigenzahlen. Durch die gemeinsamen Berechnungen wird sichergestellt, daß die Ergebnisse für jedes Bun-

¹) Vgl. hierzu ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Konten und Standardtabellen, jährlich, Stuttgart/Mainz (1982, Seite 58 ff)

desland auf der Basis einheitlicher Methoden und Datengrundlagen ermittelt werden. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis bestrebt, Übereinstimmung zwischen den Methoden der Länderrechnungen und den Methoden der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Bundesrechnung zu erzielen. Aufgrund einer unzureichenden Datenbasis auf regionaler Ebene ist der Arbeitskreis allerdings oftmals gezwungen, diesen Grundsatz zu durchbrechen und vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet berechnete Werte mit Hilfe geeigneter Schlüssel auf die Länder aufzuteilen.

Was die Berechnungen für den Staatssektor betrifft, bestehen im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder folgende Zuständigkeiten:

Entstehung, Verteilung, Staatsverbrauch:	Schleswig-Holstein
Bruttoanlageinvestitionen:	Nordrhein-Westfalen
Umverteilung:	Bayern
Erwerbstätigenzahlen:	Rheinland-Pfalz
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen:	Baden-Württemberg

Der hier vorliegende Aufsatz beschränkt sich im wesentlichen auf die vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein durchgeführten Berechnungen und Ergebnisse.

Von Zeit zu Zeit sind Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erforderlich, um die Ergebnisse für einen längeren Zeitraum zu überarbeiten und darüber hinaus Konzepte und Definitionen – soweit erforderlich und möglich – neueren Entwicklungen und internationalen Anforderungen anzupassen. Anlässe ergeben sich, wenn neues statistisches Material verfügbar wird oder die Berechnungsmethoden verbessert werden können.

Die Ergebnisse für den Staatssektor wurden im Rahmen einer solchen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die das Statistische Bundesamt schon vor einiger Zeit und die Statistischen Landesämter bei den Berechnungen der Landeswerte im Frühjahr 1984 vollzogen hatten, ab Berichtsjahr 1970 neu berechnet und auf die vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet ermittelten Werte nach

dem Berechnungsstand Herbst 1983 abgestimmt². Kernstück dieser Revision war der Übergang vom „Bruttosystem“ auf das sog. „Nettosystem“, d. h. den um die Umsatzsteuer bereinigten Nachweis von Produktion und Vorleistungen.

Das letzte Berichtsjahr, für das an dieser Stelle sog. „originär“, d. h. unter Verwendung des Datenmaterials aller für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung relevanten Basisstatistiken, berechnete endgültige Ergebnisse für den Sektor Staat aufgeführt sind, ist 1980. Bei den Länderergebnissen der Jahre 1981 und 1982 handelt es sich um vorläufige Schätzungen auf Basis der vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet ermittelten Werte. Zwar hat das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein zwischenzeitlich auch „originäre“ Berechnungen für die Jahre 1981 und 1982 durchgeführt, diese Zahlen sind jedoch noch nicht mit den gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen abgestimmt und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eingearbeitet. Auf ihre Veröffentlichung im Ergebnisteil dieses Aufsatzes mußte daher verzichtet werden.

Berechnungsgrundlagen und -methoden

Die Messung der wirtschaftlichen Leistung des Staates ist von der Methode her nicht unproblematisch. Die vom Staat produzierten öffentlichen Güter haben in der Regel keinen Marktpreis; für ihre Bewertung müssen folglich andere Maßstäbe herangezogen werden. Der Staat gibt zwar einen Teil seiner Leistungen gegen spezielle Entgelte in Form von Gebühren u. ä. ab. Dieser Teil ist jedoch nur sehr gering, zudem haben Gebühren einen anderen Charakter als Marktpreise. Es besteht daher die internationale Vereinbarung, den staatlichen Produktionswert über die Herstellungskosten zu ermitteln. Ein Teil der Kosten ergibt sich aus den Käufen von Waren und Dienstleistungen für laufende Zwecke von anderen Sektoren und der übrigen Welt (Vorleistungen) sowie in geringem Maße für Investitionen, die der Staat mit eigenen Arbeitskräften erstellt. Eine weitere Kostenart bilden

2) Zur Frage der Abstimmung mit der Bundesrechnung siehe: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 13: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1982, Stuttgart/Mainz, erscheint voraussichtlich im September 1984

die Löhne und Gehälter der beim Staat Beschäftigten. Addiert man zu beiden Aufwandspositionen die von staatlichen Institutionen gezahlten Produktionssteuern (z. B. Kraftfahrzeugsteuer) und die Abschreibungen, mit denen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens Rechnung getragen wird, ergibt sich der volkswirtschaftliche Produktionswert des Staates. Die Entgelte für die beim Staat beschäftigten Arbeitskräfte, die Produktionssteuern und die Abschreibungen entsprechen der staatlichen Bruttowertschöpfung als Maßstab der wirtschaftlichen Leistung des Staates. Zu den Abschreibungen ist nachzutragen, daß Straßen, Brücken, Wasserwege und ähnliche Güter des Staates mit schwer bestimmbarer Nutzungsdauer, internationalem Brauch folgend, nicht abgeschrieben werden. Nicht zum Anlagevermögen des Staates zählen militärische Ausrüstungen und Bauten. Sie werden als Vorleistung des Staates verbucht und dementsprechend ebenfalls nicht abgeschrieben.

Die Entstehungsrechnung des Staates weicht vom Berechnungsverfahren, das in den anderen Sektoren angewendet wird, ab. Während der übliche Gang vom Produktionswert (oder seinen Komponenten) über die Vorleistungen bis zur Bruttowertschöpfung und weiter nach Berücksichtigung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben, Abschreibungen, indirekten Steuern und Subventionen zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten führt³, geht die Entstehungsrechnung des Staatssektors umgekehrt von den staatlichen Personalausgaben aus, die als Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten definiert werden. Durch Addition der Produktionssteuern und Abschreibungen zu den Personalausgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung des Staatssektors, aus der dann durch Addition der Vorleistungen der Produktionswert ermittelt wird.

Vom staatlichen Produktionswert wird der kleinere Teil gegen Gebühren und ähnliche Entgelte „verkauft“. Der weitaus größere Teil wird der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt. Dieser größere Teil wird – nach Abzug des quantitativ unbedeutenden Wertes der selbsterstellten Anlagen – als Eigenverbrauch des Staates angesehen und in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Staatsverbrauch auf der Verwendungsseite aufgeführt. Es wird also fingiert, daß die öffentlichen Haushalte die von

ihnen für die Gesellschaft erzeugten Dienstleistungen selbst verbrauchen.

Die Entstehungs- und Verwendungsseite wird gesondert für die vier Teilsektoren des Staates nach folgendem Schema berechnet:

staatl. Personalausgaben	}	Entstehungsrechnung
+ Abschreibungen		
+ Produktionssteuern		
= Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen		
+ Käufe für die laufende Produktion		
= Produktionswert	}	Verwendungsrechnung
– Verkäufe von Verwaltungsleistungen		
= Staatsverbrauch		

Die Bewertung und Messung der staatlichen Aktivität in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bietet eine Vielzahl von Kritikpunkten und ist in der wirtschaftstheoretischen Diskussion durchaus umstritten⁴.

Wie oben schon erwähnt, werden staatliche Leistungen nicht über den Markt abgegeben, sondern nahezu ausschließlich ohne unmittelbare Gegenleistung den Konsumenten zur Verfügung gestellt. Mangels am Markt festgestellter Preise lassen sich die staatlichen Leistungen nicht direkt bewerten, sondern nur indirekt über die Kosten, die zu ihrer Erstellung aufgewendet werden mußten. Diese „Inputbewertung“ anstatt einer sonst üblichen „Outputbewertung“ wird als unbefriedigend empfunden. Hohe Ausgaben, beispielsweise für das Bildungswesen, stellen nicht notwendig einen verlässlichen Indikator für „gute“ Bildungsmöglichkeiten dar, etwa in dem Sinne, daß jedem lernfähigen und lernwilligen Bürger eine seinen Fähigkeiten und Zielen entsprechende qualitativ erstklassige Ausbildung zuteil wird. Gleichermassen läßt der Wert des Inputs in das Rechtswesen nur bedingt Aussagen über den Wert des Outputs zu, wie etwa diejenige, daß mit steigendem Aufwand für die Gerichtsbarkeit die Qualität der Rechtsfindung sich gleichermaßen erhöhen müßte.

3) Ausführliche Darstellung der Begriffe und Berechnungsabläufe siehe: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 13, a. a. O.

4) Hierzu gibt es ausführliche Darstellungen bei Leipert, Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß, Tübingen 1975, insbesondere S. 81 ff. und Haslinger, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, München 1982, S. 211 ff.

Die staatlichen Leistungen werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Endprodukte (Staatsverbrauch) behandelt, weil Staatsleistungen nicht mehr weiterverkauft werden. Diese Vorgehensweise widerspricht der auf die Registrierung der Endproduktion abzielenden Netto-rechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, nach der jeder Posten daraufhin untersucht wird, ob er als Vorleistung dem Unternehmenssektor zugute kommt oder als Endnachfrage von den Haushalten konsumiert wird. Sie stellt eigentlich sogar einen Fehler dar, wenn beachtet wird, daß ein Teil der vom Staat abgegebenen Leistungen von Produktionsunternehmen genutzt oder ganz allgemein zur Sicherung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bereitgestellt wird.

Eine Verbesserung der Messung staatlicher Aktivitäten dürfte allerdings aufgrund der systematisch-konzeptionellen Probleme und nicht zuletzt auch wegen rein praktischer Schwierigkeiten nur auf lange Sicht zu verwirklichen sein. Die aktuelle Diskussion in den befaßten Gremien zielt daher zum jetzigen Zeitpunkt darauf ab, den konzeptionellen Rahmen beizubehalten, aber den Nachweis der staatlichen Aktivität stärker zu differenzieren, um dem Nutzer der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Möglichkeit zu geben, das Datenmaterial entsprechend seinem speziellen Verwendungszweck neu zu ordnen. Recht weit gediehen sind hier die Überlegungen des Statistischen Bundesamtes, die Ausgaben des Staates zukünftig in kollektive und individuell zurechenbare Leistungen aufzuteilen, um die internationale Vergleichbarkeit der Zahlen über den Privaten Verbrauch und den Staatsverbrauch zu verbessern⁵.

Ein weiteres, spezielles Problem der Länderrechnung ist die Verbuchung der zentralstaatlichen Aktivitäten, also die Berechnung im Teilsektor Bund (Bundesverwaltung und Verteidigungsbereich). In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder werden die Aktivitäten des Zentralstaates auf die Bundesländer verteilt. Dies hat zur Folge, daß Niveau und Entwicklung des „landeseigenen“ Staatssektors mehr oder weniger unscharf wiedergegeben werden.

Zwar wurde schon erwogen, gänzlich auf die regionale Aufteilung der Ergebnisse für den Bund zu verzichten und diese Werte statt dessen einem fiktiven zwölften Bundesland zuzuweisen, doch wurde dieser Gedanke bisher stets verworfen, da dann die Mög-

lichkeit entfele, vollständige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die einzelnen Länder zu erstellen, die der Gesamtrechnung auf Bundesebene entsprechen. Die Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Finanzwirtschaft, die für die volkswirtschaftlichen Berechnungen im Staatssektor einen Großteil der benötigten Daten liefert, enthält für den Bund hinsichtlich des länderübergreifenden Charakters seiner Aktivitäten allerdings schlüssigerweise keine regionale Aufteilung. In der Länderrechnung werden daher ersatzweise als Aufteilungsschlüssel der vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet ermittelten Personalkosten die länderweisen Bundesbediensteten- und Soldatenzahlen herangezogen. Das Personal der Bundesverwaltung einschließlich der Zivilbediensteten der Bundeswehr weist entsprechend der Lage der Dienstorte die laufende Personalstandstatistik der öffentlichen Verwaltung aus. Speziell für Zwecke der Sozialproduktsberechnungen erhält der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder vom Bundesministerium für Verteidigung Angaben über die Zahl der in den einzelnen Bundesländern stationierten Soldaten der Bundeswehr.

Um zur Bruttowertschöpfung des Teilsektors Bund zu gelangen, müssen den regionalisierten Personalausgaben Abschreibungen und Produktionssteuern hinzugezählt werden. Als Aufteilungsschlüssel der vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet ermittelten Abschreibungen und Produktionssteuern dienen hilfsweise die Personalausgaben nach Ländern. Der vom Statistischen Bundesamt vorliegende Wert der Vorleistungen sowie die zur Berechnung des Staatsverbrauchs der Gebietskörperschaft Bund benötigte Position „Verkäufe von Verwaltungsleistungen“ werden anhand der länderweisen Bruttowertschöpfung regionalisiert.

Die statistische Basis der Berechnungen für die Teilsektoren Länder einschl. Stadtstaaten und Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände ist wesentlich besser. Die Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Finanzwirtschaft liefert für beide Ebenen die für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung relevanten Größen entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften recht genau und zudem sehr tief gegliedert; die exakte regionale Zuordnung ergibt sich unmittelbar aus dem Zuständigkeitsbereich dieser Gebietskörperschaften. Die in der Jahresrechnungsstatistik enthaltenen Angaben wurden soweit möglich nach ökonomischen Gesichtspunkten in Anlehnung an das Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes gruppiert, aller-

5) Siehe hierzu Kopsch, Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept, in: Wirtschaft und Statistik, 4/1984, S. 297 ff.

dings mußten auch haushaltsrechtliche und betriebswirtschaftliche Kriterien berücksichtigt werden. Die Daten entsprechen nicht in jeder Hinsicht den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hinzuweisen ist auch auf den Zusatz fiktiver Positionen im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z.B. unterstellte Sozialabgaben, Abschreibungen).

Von der statistischen Basis her ist die Ermittlung von Länderergebnissen für den Teilsektor Sozialversicherung deutlich schwieriger. Das Statistische Bundesamt geht von den Rechnungsabschlüssen der einzelnen Sozialversicherungsträger aus. Für Länderzwecke ist dieses Material allerdings regional nicht ausreichend gegliedert. Wie bei der Gebietskörperschaft Bund werden daher auch hier zur Aufteilung der vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet ermittelten Personalausgaben die Beschäftigten der Sozialversicherungsträger gemäß Personalstandstatistik herangezogen. Die so nach Ländern ermittelten Personalausgaben dienen wiederum hilfsweise als Aufteilungsschlüssel für Abschreibungen und Produktionssteuern. Aus der Addition von Personalausgaben, Abschreibungen und Produktionssteuern ergibt sich die länderweise Bruttowertschöpfung des Teilsektors Sozialversicherung.

Die Aufwendungen der Sozialversicherungsträger für Medikamente, Arzt- und Krankenhausleistungen sowie – zum weitaus kleineren Teil – für die interne Verwaltung stellen die Vorleistungen des Teilsektors Sozialversicherung dar.

Die Problematik der Abgrenzung des Staatssektors und des Staatsverbrauchs wird besonders daran deutlich, daß der von den Krankenkassen getragene Medikamentenverbrauch (auch der der privaten Haushalte) für den Teilsektor Sozialversicherung Vorleistungen und damit Produktionswert darstellt. Die Beiträge der privaten Haushalte und der Arbeitgeber zu den Krankenkassen sind im VGR-Kontensystem laufende Übertragungen ohne spezielle Gegenleistung. Der Medikamentenverbrauch ist somit auch Staatsverbrauch.

Aufgrund der regional nicht ausreichend gegliederten Rechnungsabschlüsse der Sozialversicherungsträger wird der vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet ermittelte Wert der Vorleistungen unter Annahme einer analogen Verteilung überwiegend nach der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer verteilt.

Die Bruttowertschöpfung des Staates 1970 bis 1982

Mit 9,7 Mrd. DM trug der Sektor Staat 1982 17 % zur gesamtwirtschaftlichen Leistung des Landes Schleswig-Holstein bei. Gegenüber dem Jahre 1970 stieg die Bruttowertschöpfung des Sektors um 178 %; die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate lag bei 8,9 %. Damit fiel der Anstieg höher aus als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im selben Zeitraum um 151 %, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 8,0 % entspricht.

Anteile des Staatssektors an der (unbereinigten) Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet in %

	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real ¹	nominal	real ¹
	%			
1970	15,7	17,8	9,7	11,3
1971	16,3	17,8	10,4	11,4
1972	16,5	17,8	10,6	11,5
1973	16,8	17,5	11,0	11,5
1974	17,7	17,6	11,8	11,9
1975	17,9	18,0	12,3	12,5
1976	17,3	17,3	11,9	11,9
1977	16,9	16,7	11,9	11,7
1978	16,8	16,5	11,9	11,7
1979	17,0	16,6	11,8	11,6
1980	17,1	16,4	12,1	11,6
1981*	17,2	16,6	12,3	11,9
1982*	16,9	16,7	12,1	12,0

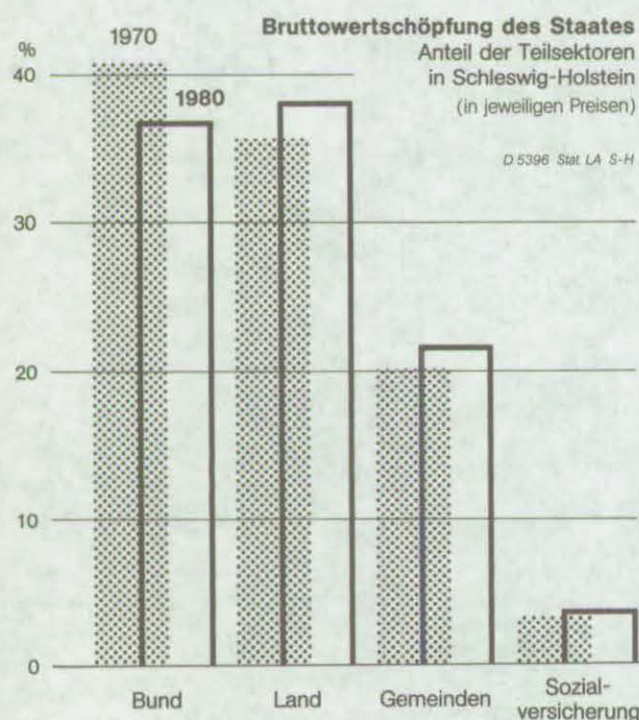
*) Vorläufige Zahlen

1) in Preisen von 1976

In konstanten Preisen (Preisbasisjahr 1976) berechnet, wuchs die Bruttowertschöpfung des Staates in Schleswig-Holstein von 5,8 Mrd. DM im Jahre 1970 um 31 % auf 7,6 Mrd. DM im Jahre 1982, die reale durchschnittliche jährliche Veränderungsrate lag bei 2,2 %. Die Ergebnisse in konstanten Preisen weisen einen Anteil des Staatssektors an der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus, der in den Jahren 1970 bis 1982 bei 17 % liegt. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Rechnung in konstanten Preisen für den Staatssektor besonders problematisch ist, da Mengen-, Preis- und Qualitätskomponente der staatlichen Leistung im zeitlichen Ablauf weit überwiegend nur geschätzt werden können. Die Aussage-

kraft der Ergebnisse in konstanten Preisen im Staatssektor ist somit speziell im intersektoralen Vergleich eingeschränkt.

Die Entwicklung der staatlichen Bruttowertschöpfung im Zeitraum von 1970 bis 1982, gemessen in jeweiligen Preisen, blieb mit der o. a. Zuwachsrate von 178 % in Schleswig-Holstein zwar hinter der im gesamten Bundesgebiet (201 %) zurück, mit einem relativ hohen Anteil (1982: 17 %) an der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Landes hat der Staat im Vergleich zum Bundesgebiet (1982: 12 %) in Schleswig-Holstein jedoch eine überdurchschnittliche Bedeutung.



Sowohl das besondere Gewicht des Staatssektors in Schleswig-Holstein als auch der im Vergleich zum Bundesgebiet geringere Anstieg der staatlichen Bruttowertschöpfung seit 1970 sind in erster Linie auf den hohen Anteil des Teilsektors Bund – hier wird die Bruttowertschöpfung überwiegend von den Personalausgaben im Verteidigungssektor bestimmt – am Staatssektor in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Der Anteil des Bundes an der Bruttowertschöpfung des Staatssektors lag im Lande im Jahre 1970 bei 41 %; er sank zwar bis zum Jahre 1980 auf 37 %, liegt aber weiterhin deutlich über dem entsprechenden Anteil von 17 % (1970: 20 %) auf Bundesebene.

Der Anteil des „landeseigenen“ Staatssektors – also der Teilsektoren Land und Gemeinden – an der Bruttowertschöpfung des gesamten Staatssektors ist von 1970 56 % recht kontinuierlich auf fast 60 % im Jahre 1980 angestiegen, also in einem Ausmaß, in dem der Anteil des Teilsektors Bund zurückgegangen ist. Die Entwicklung beider Teilsektoren bleibt jedoch mit einer Zuwachsrate von 172 % im Zeitraum 1970 bis 1980 ebenfalls leicht hinter der Entwicklung beider Teilsektoren auf Bundesebene (187 %) zurück.

Von den vier Teilsektoren des Staates hatte in Schleswig-Holstein der Teilsektor Sozialversicherung die

Bruttowertschöpfung des Staatssektors im Ländervergleich

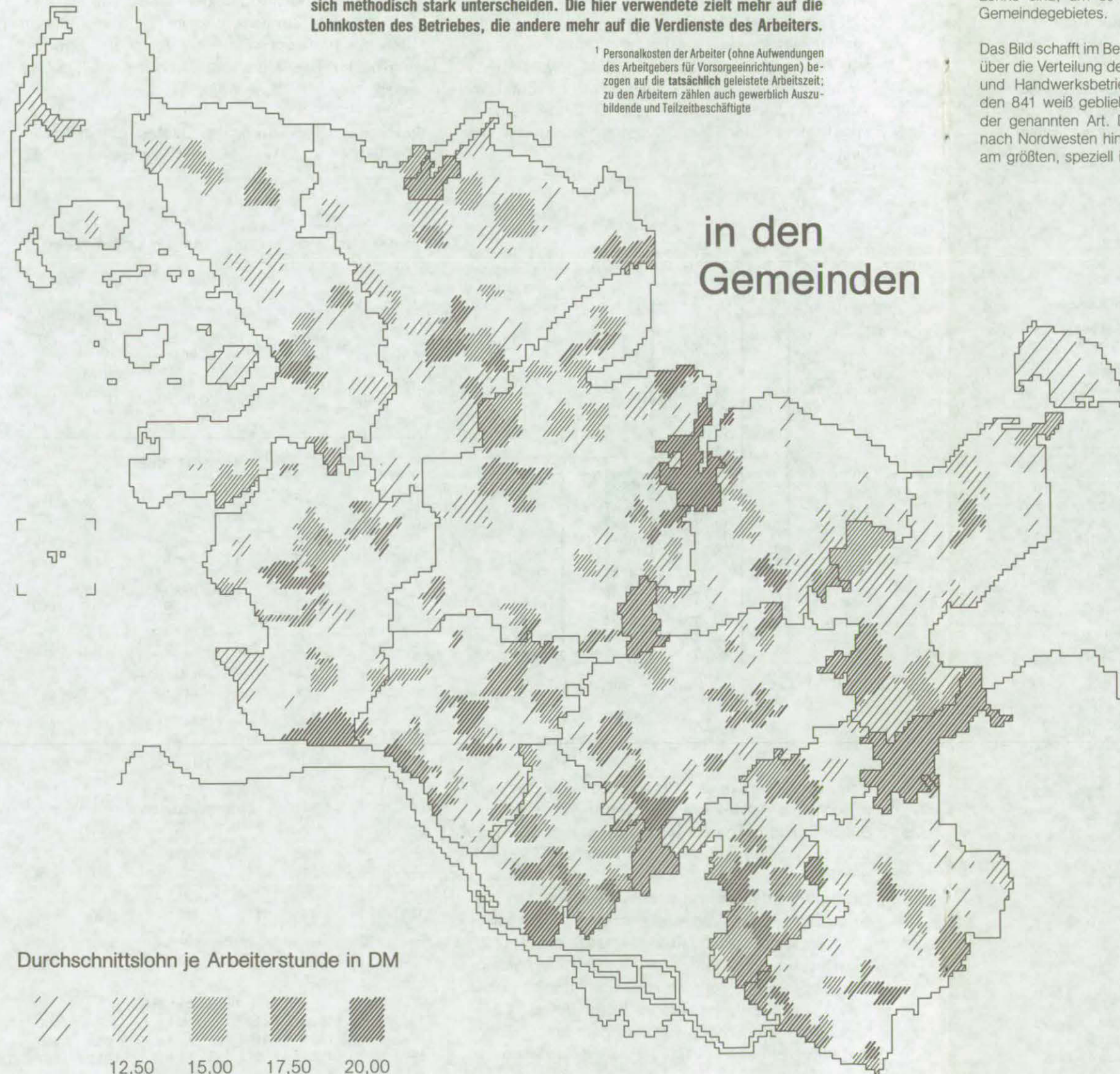
	Insgesamt			Darunter Land und Gemeinden	
	Mrd. DM	1970 = 100	Anteil an der Brutto- wert- schöpfung (unbereinigt)	Mrd. DM	1970 = 100
Schleswig-Holstein					
1970	3,5	100	15,7	1,9	100
1975	6,6	190	17,9	3,8	196
1980	8,9	254	17,1	5,3	272
Hamburg					
1980	6,3	241	10,0	5,2	243
Niedersachsen					
1980	21,8	277	15,0	15,2	308
Bremen					
1980	2,5	282	11,9	2,1	296
Nordrhein-Westfalen					
1980	43,2	285	11,1	35,3	295
Hessen					
1980	15,3	276	10,9	12,2	284
Rheinland-Pfalz					
1980	9,9	262	13,1	7,1	279
Baden-Württemberg					
1980	24,1	292	10,7	20,3	301
Bayern					
1980	28,3	269	11,7	21,5	279
Saarland					
1980	2,9	263	13,1	2,4	262
Berlin (West)					
1980	8,9	269	17,9	7,6	273
Bundesgebiet					
1970	62,6	100	9,7	46,7	100
1975	122,8	196	12,3	93,4	200
1980	172,2	275	12,1	134,2	287

Lohn je geleistete Arbeiterstunde 1983

in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Die hier errechneten „Durchschnittslöhne“¹ sind nicht mit den „Löhnen“ der Verdiensterhebung in Industrie und Handel vergleichbar, weil beide Statistiken sich methodisch stark unterscheiden. Die hier verwendete zielt mehr auf die Lohnkosten des Betriebes, die andere mehr auf die Verdienste des Arbeiters.

¹ Personalkosten der Arbeiter (ohne Aufwendungen des Arbeitgebers für Vorsorgeeinrichtungen) bezogen auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit; zu den Arbeitern zählen auch gewerblich Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte



Durchschnittslohn je Arbeiterstunde in DM



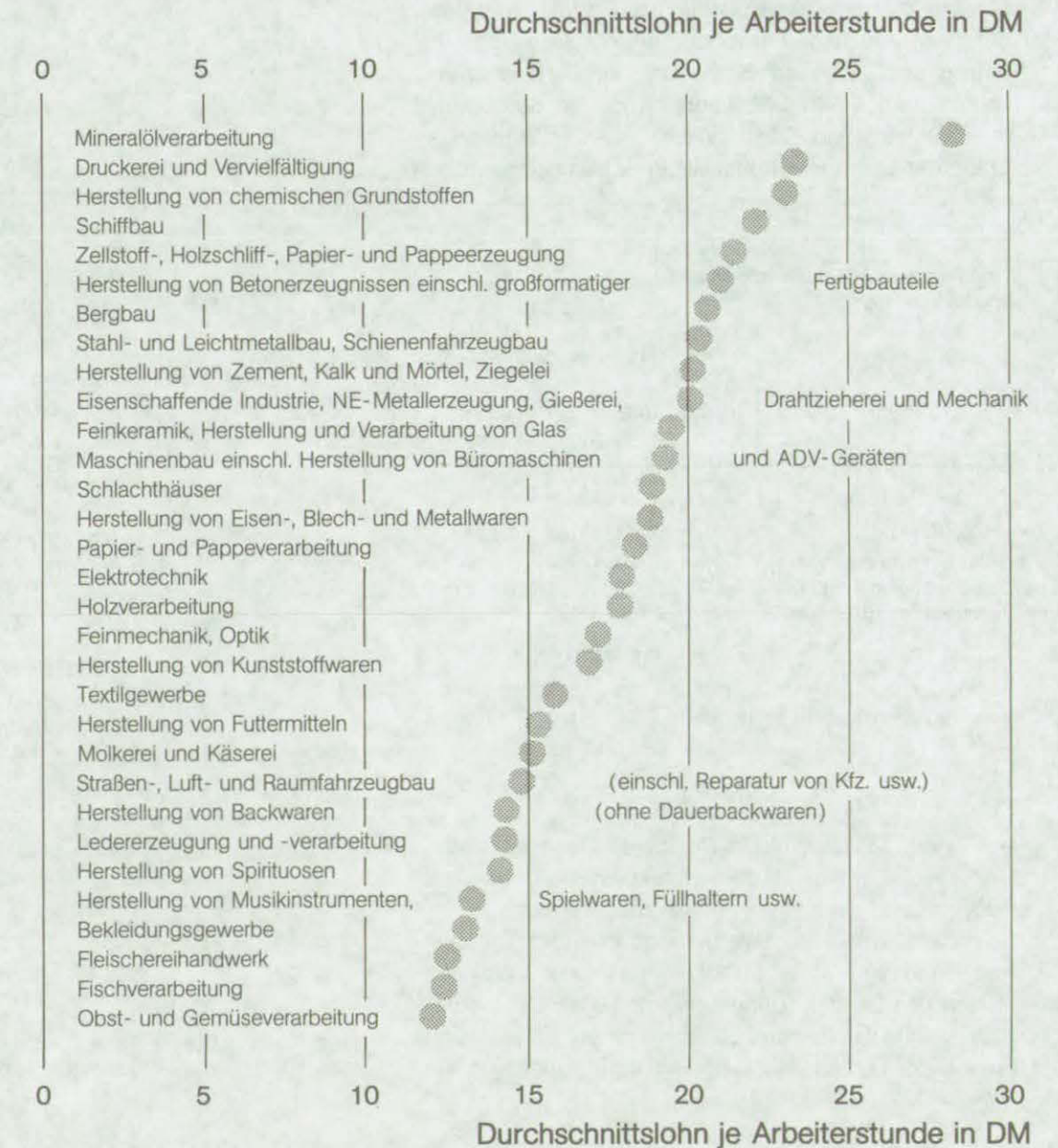
Grafik des Monats September 1984 D 5395 Stat. LA S-H

In die Karte ist ein Quotient eingetragen, der sich aus den gezahlten Löhnen, geteilt durch die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, ergibt. Für jede Gemeinde gingen in die Berechnung die Summen des Jahres 1983 für alle Arbeiter (einschl. Auszubildende) ein, die in den dortigen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes arbeiteten. Die unterschiedliche Lohnhöhe wird in fünf Klassen wiedergegeben; je höher die Löhne sind, um so dunkler die Schraffur des betreffenden Gemeindegebietes.

Das Bild schafft im Betrachter zunächst eine gewisse Vorstellung über die Verteilung der 290 Gemeinden mit größeren Industrie- und Handwerksbetrieben des verarbeitenden Gewerbes. In den 841 weiß gebliebenen Gemeinden gibt es keine Betriebe der genannten Art. Der Betriebsbesatz nimmt von Südosten nach Nordwesten hin ab, er ist im südostholsteinischen Raum am größten, speziell im an Hamburg angrenzenden Gebiet.

Als Zonen hoher Durchschnittslöhne erweisen sich die industriellen Verdichtungsräume, jedoch besteht dieser Zusammenhang nicht durchgehend. Die regional unterschiedlichen Lohnhöhen sind nämlich auch eng mit der spezifischen Branchenstruktur in den einzelnen Gemeinden verknüpft. So tritt der oberste Wert in Kiel, in einigen Gemeinden des Hamburger Umlandes (Wedel, Uetersen, Henstedt-Ulzburg, Ahrensburg u. a.) sowie in einigen weiteren Gemeinden auf. Dabei schlägt sich in den meisten dieser Gemeinden der überdurchschnittlich hohe Anteil des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, des Druckereigewerbes, einiger Teile des Investitionsgütergewerbes (z. B. Schiffbau) sowie des Bergbaus nieder, wozu auch die Erdölförderung gerechnet wird. Besonders niedrig liegen die Lohnwerte dort, wo das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe überdurchschnittlich stark vertreten ist. Wie die Branchen die Lohnhöhe im einzelnen beeinflussen, ist aus der untenstehenden Grafik zu ersehen.

in wirtschaftlicher Gliederung



höchste Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung, sie betrug im Zeitraum 1970 bis 1980 180 % (Bundesgebiet: 184 %).

Der Staatsverbrauch 1970 bis 1982

Der Staatsverbrauch stellt neben dem privaten Verbrauch und den Anlageinvestitionen als Aggregat der Verwendungsrechnung eine Komponente der letzten inländischen Verwendung von Gütern dar. Im Jahre 1982 belief sich der Staatsverbrauch in Schleswig-Holstein auf 17,4 Mrd. DM. Am Staatsverbrauch im gesamten Bundesgebiet hatte Schleswig-Holstein 1982 einen Anteil von 5,3 %. Dieser Anteil liegt merklich über dem der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung am Bundesgebiet (1982 etwas über 4,2 %). Deutlicher wird der hohe Repräsentationsgrad des Staates in Schleswig-Holstein bei Betrachtung des Staatsverbrauchs je Einwohner; in Schleswig-Holstein betrug er 1980 rund 6 100 DM, im Bundesdurchschnitt rund 4 800 DM. Lediglich in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin (West) war der Staatsverbrauch je Einwohner höher als in Schleswig-Holstein.

Staatsverbrauch in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	1970	1982 (vorl.)	1970	1982 (vorl.)
nominal				
Milliarden DM	6,3	17,4	106,5	325,3
Anteil am Bundesgebiet %	5,9	5,3	100	100
Je Einwohner in 1 000 DM	2,5	6,6	1,8	5,3
Je Einwohner 1970 = 100	100	263	100	301
real, in Preisen von 1976				
Milliarden DM	10,2	13,3	175,8	248,7
Anteil am Bundesgebiet %	5,8	5,3	100	100
1970 = 100	100	130	100	141

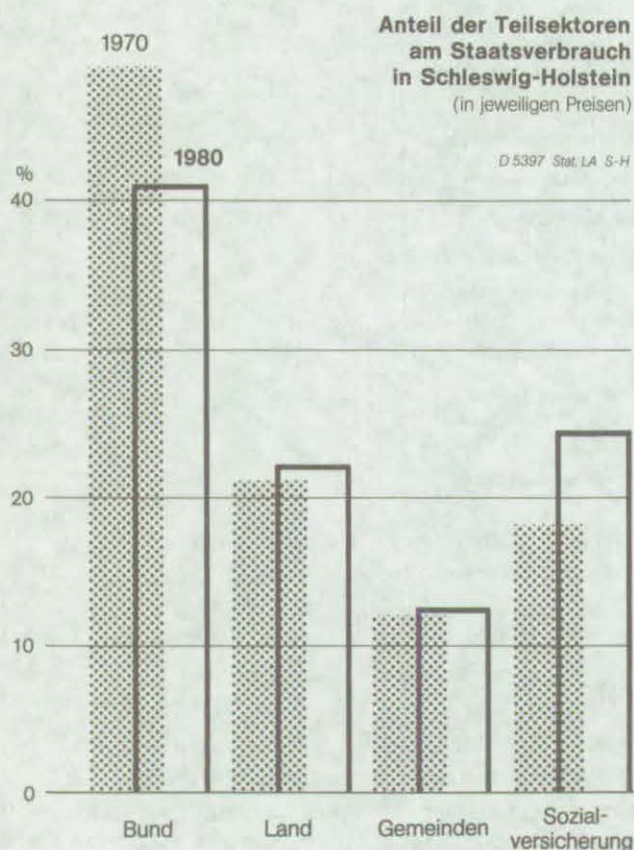
Der überdurchschnittliche Staatsverbrauch ist allerdings wiederum nicht dem „landeseigenen“ Staatssektor (Land und Gemeinden) zuzuschreiben, sondern dem hohen Staatsverbrauchsanteil des Teilssektors Bund von 41 % (1980) am Gesamtstaatsverbrauch des Landes (Bundesgebiet: 19 %). Der Anteil Schleswig-Holsteins am „landeseigenen“ Staatsverbrauch der Länder und Gemeinden im Bundesgebiet

lag 1980 bei 3,7 %; je Einwohner betrug der „landeseigene“ Staatsverbrauch in Schleswig-Holstein 1980 knapp 2 100 DM und war damit nicht nur deutlich kleiner als der Bundeswert von über 2 400 DM, sondern lag mit Bayern sogar am Ende aller Bundesländer. Der hohe Anteil des Bundes am Gesamtstaatsverbrauch in Schleswig-Holstein wird verständlich, wenn man bedenkt, daß im Teilssektor Bund auch die Verteidigungsausgaben als Staatsverbrauch erfaßt werden. Die in Schleswig-Holstein im Vergleich zur Wohnbevölkerung hohe Anzahl militärischer Standorte muß sich somit aufgrund des eingangs dargestellten Regionalisierungsverfahrens der zentralstaatlichen Aktivität im Staatsverbrauch des Landes niederschlagen.

Staatsverbrauch im Ländervergleich

	Insgesamt			Darunter Land und Gemeinden	
	Mrd. DM	1970 = 100	je Einwohner 1000 DM	Mrd. DM	je Einwohner 1000 DM
Schleswig-Holstein					
1970	6,3	100	2,5	2,1	0,8
1975	11,7	186	4,5	3,8	1,5
1980	15,9	253	6,1	5,5	2,1
Hamburg					
1980	10,2	260	6,2	5,5	3,4
Niedersachsen					
1980	38,3	273	5,3	16,9	2,3
Bremen					
1980	4,1	292	5,9	2,3	3,3
Nordrhein-Westfalen					
1980	75,8	291	4,4	41,7	2,4
Hessen					
1980	26,6	283	4,8	13,6	2,4
Rheinland-Pfalz					
1980	17,7	264	4,9	7,9	2,2
Baden-Württemberg					
1980	41,2	294	4,5	21,8	2,4
Bayern					
1980	49,4	273	4,5	22,6	2,1
Saarland					
1980	4,8	276	4,5	2,6	2,4
Berlin (West)					
1980	13,8	287	7,3	8,7	4,6
Bundesgebiet					
1970	106,4	100	1,8	53,3	0,9
1975	210,5	198	3,4	101,8	1,6
1980	297,9	280	4,8	149,2	2,4

Mit einer Zuwachsrate von 176 % im Zeitraum 1970 bis 1982 – das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 8,8 % – lag die Entwicklung des Staatsverbrauchs im Lande unter der des Bundesgebietes von 206 % (Jahresdurchschnittlich: 9,8 %) im selben Zeitraum.



Der Staatsverbrauch des Teilsektors Bund wuchs im Zeitraum 1970 bis 1980 um 113 % in Schleswig-Holstein (Bundesgebiet ebenfalls 113 %), während sich der Staatsverbrauch von Land und Gemeinden um 165 % erhöhte (Bundesgebiet: 180 %). Die höchste Zuwachsrate des Staatsverbrauches ist im Teilsektor Sozialversicherung zu verzeichnen, sie belief sich im Zeitraum 1970 bis 1980 in Schleswig-Holstein auf 243 % (Bundesgebiet: 246 %), was einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 13,1 % (Bundesgebiet: 13,2 %) entspricht. Der Staatsverbrauch des Teilsektors Sozialversicherung wird vornehmlich – im Bundesgebiet im Betrachtungszeitraum 1970 bis 1982 zu über vier Fünfteln – vom laufenden Sachaufwand der gesetzlichen Krankenversicherung für stationäre und ambulante Behandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz bestimmt. In den Jahren 1970 bis 1975 waren im Lande wie auch im

Bundesgebiet beim Staatsverbrauch der Sozialversicherung durchgängig zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen, die teilweise bei über 20 % lagen. Der kräftige Anstieg resultierte aus der beträchtlichen Zunahme der Arzthonorare sowie der zahntechnischen Leistungen. Der nach 1975 zunächst schwächere Anstieg dürfte weitgehend auf kostenbewußteres Verhalten der Versicherten, bedingt durch die bereits vor Inkrafttreten des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes zum 1. Juli 1977 einsetzende öffentliche Diskussion über die sogenannte „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen, zurückzuführen sein. Im Zusammenhang mit der vorstehend beschriebenen Entwicklung sind vor allem die in diesem Gesetz verankerten Vorschriften über eine Anpassung der Arzthonorare an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie eine Beteiligung der Versicherten an den Arzneimittelaufwendungen von Bedeutung. Die ab 1978 wieder einsetzende beschleunigte Zunahme der Ausgaben führte zur Verabschiedung des Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetzes im Rahmen der Sparmaßnahmen zum Bundeshaushalt 1982⁶.

Die im Staatssektor entstandenen Einkommen 1970 bis 1982

Im Rahmen der Entstehungsrechnung werden bei Ermittlung der Bruttowertschöpfung des Staatssektors die Löhne und Gehälter der beim Staat Beschäftigten berechnet. Als Aggregat der Entstehungsrechnung stellen sie das staatliche Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten dar; von der Verteilungsseite her bilden sie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach dem Inlandskonzept, das den privaten Haushalten vom Staatssektor zufließt.

Nach dem Inlandskonzept handelt es sich bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit um Einkommen, die bei Wirtschaftseinheiten im Inland entstanden sind. Hingegen bezieht sich das Inländerkonzept auf Einkommen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind, unabhängig davon, ob sie bei inländischen Wirtschaftseinheiten oder bei Einheiten entstanden sind, die nicht zum Inland gehören. Beide Konzepte unterscheiden sich um den Saldo der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen Inländern und der übrigen

6) Vgl. hierzu ausführliche Erläuterungen bei Dietz, Darstellung der Sozialversicherung in der Finanzstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, 2/1984, S. 185 ff.

Welt (Ausland und – für die Länderberechnung – übriges Inland); dieser Saldo ergibt sich aus den Auspendlereinkommen von Arbeitnehmern abzüglich der Einpendlereinkommen von Arbeitnehmern. In Sektorengliederung werden Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach dem Inländerkonzept nicht berechnet.

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung handelt es sich beim Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um Bruttolöhne und -gehälter vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer, um tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber und um unterstellte Sozialbeiträge – wie zum Beispiel für die Beamtenversorgung.

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Staatssektor belief sich 1982 in Schleswig-Holstein auf 9,3 Mrd. DM. Über 95 % der Bruttowertschöpfung des Staatssektors flossen damit als Einkommen den privaten Haushalten zu.

Bis 1982 wuchs gegenüber dem Jahre 1970 die vom Staat gezahlte Gesamtsumme der Einkommen aus unselbständiger Arbeit um 176 %, der Zuwachs entspricht damit etwa dem der Einkommen in der Gesamtwirtschaft Schleswig-Holsteins (166 %), bleibt aber hinter der Zuwachsrates der Einkommen im Staatssektor auf Bundesebene (200 %) zurück.

Bei einem Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Staatssektor an den Bruttoeinkommen in allen Sektoren von 29,5 % wurde 1982 in Schleswig-Holstein annähernd ein Drittel der Einkommen aus unselbständiger Arbeit beim Staat verdient. Der entsprechende Anteil im Bundesgebiet war mit 19,7 % um fast 10 Prozentpunkte geringer. Betrachtet man allerdings lediglich den „zivilen“ Bereich des Staatssektors, läßt also die im Verteidigungsbereich entstandenen Bruttoeinkommen im Staatssektor wie auch in der Gesamtwirtschaft unberücksichtigt, so verringert sich dieser Abstand auf die Hälfte.

Das 1982 je durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer erzielte Einkommen beim Staat lag mit über 41 000 DM unter dem Bundesdurchschnitt (rund 44 000 DM), übertraf aber das Durchschnittseinkom-

Erwerbstätige im Staatssektor und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept) in Schleswig-Holstein
(die Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer ist beim Sektor Staat identisch)

	1970	1975	1980	1982 (vorl.)
Erwerbstätige im Staatssektor				
Anzahl in 1000	187	212	225	228
Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Lande in %	23,9	26,5	26,2	27,3
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Staatssektor				
Mrd. DM	3,3	6,4	8,5	9,3
je Erwerbstätigen				
in 1000 DM	18	30	38	41
1970 = 100	100	168	211	227
Bundesgebiet = 100	90	92	91	91
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Gesamtwirtschaft				
je Arbeitnehmer				
in 1000 DM	15	25	34	37
1970 = 100	100	169	227	249
Bundesgebiet = 100	93	95	93	93
Anteil des Staatssektors in %	28,4	31,4	28,9	29,5

men in der Gesamtwirtschaft des Landes um 8,3 %. Der Abstand zu den Durchschnittseinkommen der Gesamtwirtschaft hat sich im Betrachtungszeitraum verringert. In den Jahren 1970 bis 1975 lagen die Einkommen im Staatssektor noch rund 20 % über denen im Landesdurchschnitt. Dabei ist festzuhalten, daß nach anfangs der 70er Jahre kräftigen Einkommenszuwächsen ab 1975 die Steigerungsraten der durchschnittlichen Einkommen im Sektor Staat unter denen der Gesamtwirtschaft blieben. Eine Ausnahme bildet nur das Jahr 1981, hier war die Steigerungsrates im Staatssektor 5,3 %, in der Gesamtwirtschaft 5 %.

Joachim Zander

Weiteres Material siehe Stat. Berichte, Reihe P.

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1983

Die Statistik über die Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke wird aufgrund des Bundesgesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I, S. 605) jährlich aufbereitet und ausgewertet. Berichtsstellen sind die Finanzämter. Sie erfassen allgemein die Kauffälle, bei denen die gekaufte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 1 000 m² beträgt. Dabei werden Flächen nicht in die Aufbereitung aufgenommen, die als baureifes Land, Bauerwartungsland, Gewerbegebiet usw. verkauft wurden.

Da sich im Berichtsjahr gegenüber den vorangegangenen Jahren (seit 1974) in der Erfassung der Kauffälle und der Aufbereitung der Angaben und auch der Definition und Abgrenzung nichts geändert hat, wird auf die Beschreibung der Statistik im Statistischen Monatsheft, vom Juli 1976, Seite 114, verwiesen. Die seit 1974 ermittelten Werte sind voll vergleichbar. Erfahrungen anderer Bundesländer lassen jedoch vermuten, daß die Erfassung nicht vollständig ist. Dadurch sind die Zahlen der Veräußerungsfälle und der veräußerten Fläche nur mit großen Einschränkungen auswertbar. Demgegenüber zeigten die Ergebnisse in anderen Ländern, daß die durchschnittlichen Kaufwerte bei vollständiger und lückenhafter Erfassung nur geringfügig voneinander abweichen.

1983 wurden insgesamt 1 335 Kauffälle mit rund 6 820 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) und einem Kaufwert von insgesamt 184 Mill. DM erfaßt. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von rund 27 000 DM je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

In 9 Veräußerungsfällen wurden mit der Fläche von 480 ha auch die Gebäude und das Inventar zu einem Kaufwert von insgesamt 20 Mill. DM verkauft. In weiteren 44 Fällen wurden mit rund 800 ha FdIN ebenfalls auch die Gebäude, aber nicht das Inventar verkauft. Der Kaufwert dieser Fälle betrug rund 33 Mill. DM. Diese Veräußerungsfälle werden von den weiteren Betrachtungen ausgeschlossen, weil sie zum einen nur wenige sind und zum anderen wegen der stark individuell geprägten Kaufgründe einen zeitlichen und regionalen Vergleich nicht zulassen. Die Kaufwerte der Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar spiegeln den tatsächlichen 1983 gültigen Marktwert einer Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung wider.

1983 wurden 1 282 Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar erfaßt. In diesen Kauffällen wech-

selten rund 5 500 ha FdIN zu einem Kaufwert von rund 131 Mill. DM den Eigentümer. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von rd. 23 560 DM je ha FdIN. Die Kaufwerte liegen wie in den Vorjahren bei den Kleinstflächen höher als bei den größeren Parzellen.

Allgemein besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bodenqualität und Kaufwert. Bei hoher durchschnittlicher Ertragsmeßzahl (EMZ) je Hektar FdIN wird auch ein hoher durchschnittlicher Kaufwert je Hektar FdIN errechnet. Für Flächen mit einer EMZ über 7 000 je Hektar wurde ein Kaufwert von knapp 36 000 DM je ha FdIN ermittelt. Die 1983 verkauften Flächen unter 2 000 EMZ je ha FdIN brachten es dagegen nur auf rund 15 000 DM/ha FdIN.

Kaufwerte nach Größenklassen der Ertragsmeßzahl 1983

Größenklasse nach der Ertragsmeßzahl (in 100) je ha	Durchschnittliche(r)	
	Kaufwert in DM	Ertragsmeßzahl je ha FdIN
unter 20	15 364	1 786
20 – 30	16 258	2 550
30 – 40	19 654	3 479
40 – 50	23 652	4 490
50 – 60	26 879	5 389
60 – 70	31 885	6 448
70 und mehr	35 980	7 431
Insgesamt	23 558	4 437

Wie in der zweiten Tabelle nachzulesen, wurden 1983 die höchsten durchschnittlichen Kaufwerte für Kleinstflächen bis 25 Ar erzielt. Für diese Flächen war im Durchschnitt auch eine höhere EMZ je ha FdIN ermittelt worden. Die Kaufwerte und EMZ der größeren Flächen liegen alle deutlich niedriger, aber nicht stetig abgestuft. Vielmehr wurden für Flächen der obersten Größenklasse, die 5 ha und größer waren, höhere durchschnittliche Kaufwerte erzielt als für die Flächen mit einer dazwischen liegenden Größe.

Wie in jedem Jahr so werden auch heute die registrierten Kauffälle regional zugeordnet. Dabei stellt sich immer wieder heraus, daß neben dem wertbestimmenden Faktor Bodengüte auch Standorteinflüsse und verschiedene andere wirtschaftliche Faktoren

Kaufwerte nach Größenklassen der veräußerten FdIN 1983

Größenklasse nach der veräußerten FdIN ha	Durchschnittliche(r)	
	Kaufwert in DM	Ertragsmeßzahl
	je ha FdIN	
0,1 – 0,25	31 772	5 730
0,25 – 1	22 243	4 229
1 – 2	23 173	4 238
2 – 5	22 440	4 283
5 und mehr	24 174	4 543
Insgesamt	23 558	4 437

den Kaufwert der landwirtschaftlichen Grundstücke bestimmen.

Die höchsten durchschnittlichen Kaufwerte wurden in den Kreisen Stormarn und Pinneberg registriert. Unter den Naturräumen war in diesem Jahr der Hamburger Ring mit einem durchschnittlichen Kaufwert von 38 700 DM je ha FdIN Spitzenreiter, die EMZ je ha FdIN lag in diesem Naturraum bei 4 100. Im Hamburger Umland wird für die landwirtschaftlichen Grundstücke aufgrund der großen Nachfrage von Baumschulen und Nichtlandwirten ein hoher Preis gezahlt, während in der Marsch in erster Linie wegen der ertragreichen Böden ein hoher Kaufpreis erzielt wird. Hier ist die Nachfrage nach guten Ackerflächen von seiten der auf Getreide- und Rapsanbau spezialisierten Marktfruchtbetriebe besonders groß. Bemerkenswert erscheint aber die Entwicklung im Kreis Ostholstein und in den Naturräumen dieses Kreises. Mit einem durchschnittlichen Kaufwert von 26 000 DM je ha FdIN scheint in dieser Region nur der Bodenwert bewertet worden zu sein, wie es der Vergleich mit der EMZ je ha FdIN in den übrigen Kreisen deutlich macht. Die früheren preissteigernden außerlandwirtschaftlichen Faktoren, wie z.B. das Interesse der „Weißen Industrie“ an Bodenflächen, spielen offenbar keine Rolle mehr.

In den einzelnen Kreisen haben sich die Kaufwerte sehr unterschiedlich entwickelt. Die Gründe dafür wurden im wesentlichen genannt. Tiefergehende Untersuchungen sind auf grund der zur Zeit gültigen Erhebungsmethode nicht möglich. 1983 hat sich das Preisgefälle von Süden nach Norden weiter verstärkt.

In der Praxis wird neben dem Kaufwert je Hektar gern auch ein Wert in Anlehnung an die Bodengüte zur Beurteilung des Kaufwertes landwirtschaftlicher Grundstücke angewandt. Um den Wunsch der Praktiker näher zu kommen, wird deshalb auch der durchschnitt-

Kaufwerte und Ertragsmeßzahlen der veräußerten Flächen ohne Gebäude in Schleswig-Holstein 1983

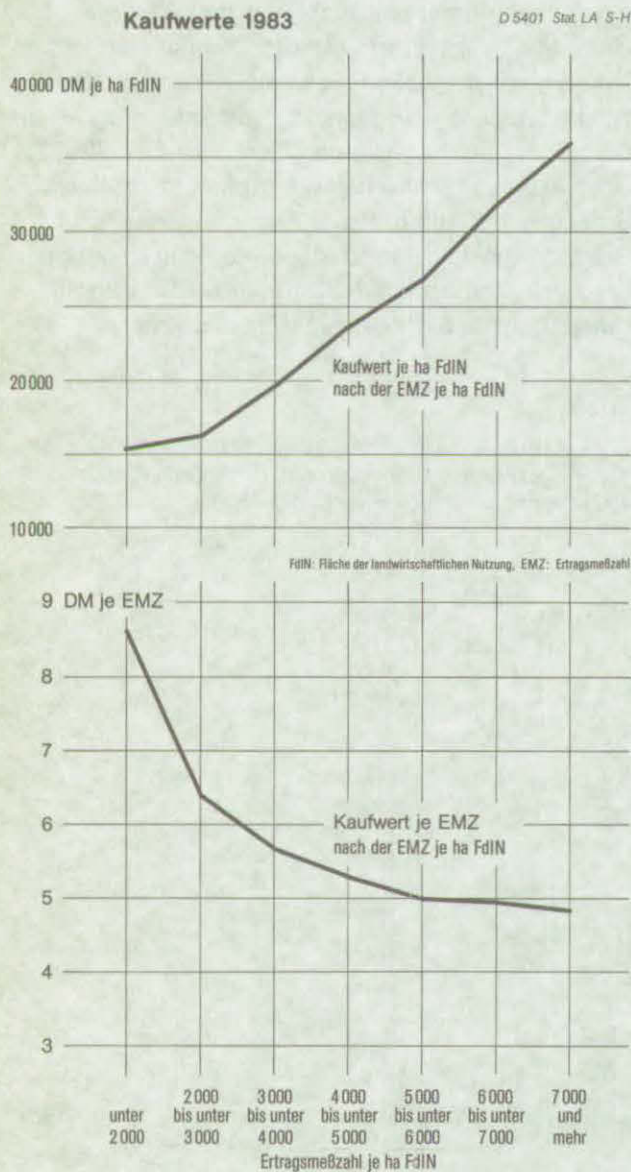
Kreis	Durchschnittliche(r)		
	Kaufwert	Veränderung	Ertrags-
Naturraum	je ha FdIN	gegenüber	meßzahl
	in DM	dem Vorjahr	je ha FdIN
		in %	
Kreisfreie Städte zus.	28 923	30	4 497
Dithmarschen	22 962	10	4 760
Hzgt. Lauenburg	23 966	11	4 264
Nordfriesland	25 313	7	5 069
Ostholstein	26 218	– 22	5 237
Pinneberg	30 856	– 6	3 840
Plön	25 566	14	4 979
Rendsburg-Eckernförde	19 273	12	4 010
Schleswig-Flensburg	19 584	11	3 871
Segeberg	24 866	1	3 424
Steinburg	25 226	11	4 413
Stormarn	31 941	– 5	4 416
Marsch	31 975	12	6 603
Hohe Geest	21 782	1	3 809
Vorgeest	17 297	9	2 987
Hügelland	24 774	– 1	4 821
Schleswig-Holstein	23 558	4	4 437
Dagegen 1982	22 672	– 14	4 376

liche Kaufwert je Ertragsmeßzahl errechnet. Er beträgt 1983 im Gesamtdurchschnitt des Landes 5,31 DM je 1 EMZ. Im sechsjährigen Durchschnitt waren es 5,59 DM je 1 EMZ.

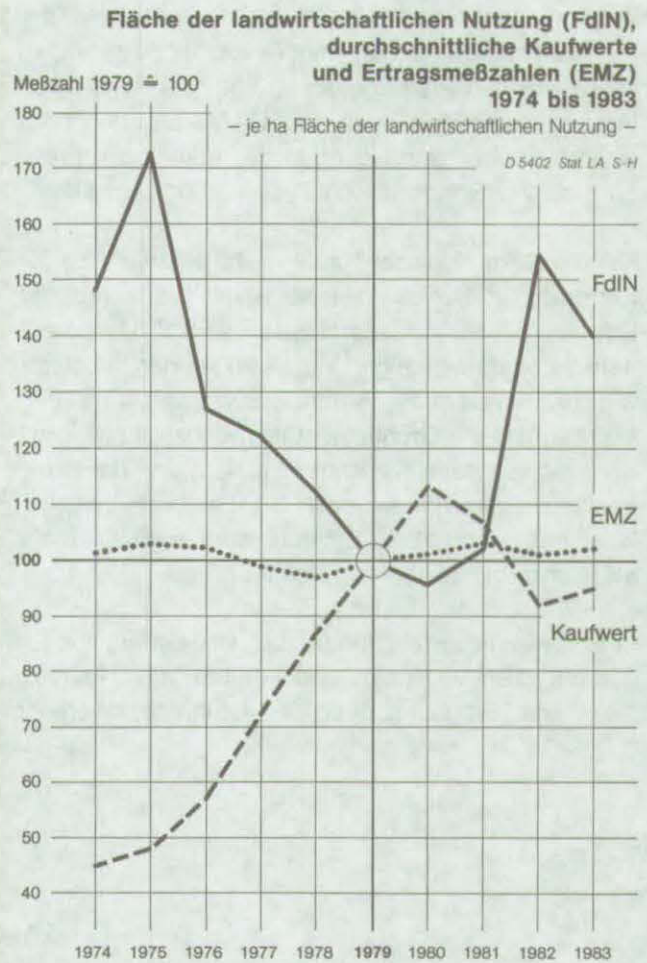
Im Kreis Pinneberg wurde ein Wert von 8,03 DM je 1 EMZ und im Kreis Stormarn von 7,23 DM je 1 EMZ errechnet. Dieser Wert liegt auch im Kreis Segeberg recht hoch. Hier machen sich die stetig hohen Kaufwertentwicklungen im Hamburger Ring bemerkbar. Unter dem Landesdurchschnitt liegen die Kaufwerte je Ertragsmeßzahl mit 4,84 DM je 1 EMZ in der Marsch und mit 5,14 DM je 1 EMZ im Hügelland. Demgegenüber wurde für die Hohe Geest ein Kaufwert von 5,72 DM je 1 EMZ und für die Vorgeest von 5,79 DM je 1 EMZ errechnet. Für bessere Böden errechnet sich statistisch ein niedrigerer Wert je Ertragsmeßzahl als für schlechtere Böden. Gleichbleibend hohe Kaufwerte je Ertragsmeßzahl werden außer im Hamburger Ring auch für die Barmstedt-Kisdorfer Geest beobachtet, auffallend niedrige Werte wurden in der Eider-Treene-Niederung registriert.

Die Zusammenhänge zwischen Kaufwert je Fläche und je Ertragsmeßzahl werden in der folgenden Grafik verdeutlicht. Mit steigender Ertragsmeßzahl je Flä-

che steigt auch der Kaufwert der Fläche an. Demgegenüber nimmt aber der Kaufwert je Ertragsmeßzahl mit steigender Ertragsmeßzahl ab.



Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre zeigt, daß bis 1980 die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung kontinuierlich abnahm, während der durchschnittliche Kaufwert ständig stieg. Wie der Grafik zu entnehmen ist, kehrten sich 1981 und 1982 beide Entwicklungen um. 1983 wendeten sie sich erneut, d.h. die Kaufwerte stiegen leicht bei gleichzeitigem Rückgang der verkauften Fläche. Die in der EMZ ausgedrückte Bodenqualität der veräußerten Flächen blieb seit 1974 im Landesdurchschnitt nahezu konstant.



1983 wurden mit rund 5 500 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung 9 % weniger als 1982 verkauft, aber dennoch rund 20 % mehr als im sechsjährigen Durchschnitt. Demgegenüber stieg — nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage — der Kaufwert je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 23 000 DM auf 24 000 DM im Landesdurchschnitt um 4 % an und liegt damit fast in gleicher Höhe mit dem Kaufwert des mehrjährigen Durchschnitts.

Im Kreis Ostholstein sanken die Kaufwerte gegenüber dem Vorjahr um 22 % und lagen 1983 mit 26 000 DM unter dem Kaufwert von 1979. Damals hatten die Kaufwerte für landwirtschaftliche Nutzflächen allgemein stark angezogen. Im Kreis Pinneberg verringerte sich der Kaufwert dagegen nur wenig gegenüber dem Vorjahr und blieb seit 1979 nahezu konstant. Im Kreis Plön wurde 1983 der bisher für diesen Kreis höchste Kaufwert erzielt. Mit rund 26 000 DM lag er um 14 % über dem des Vorjahres. Unter den Naturräumen ergaben sich nur im Hügelland 1983 niedrigere Kaufwerte als 1982.

Zusammengenommen bleibt festzustellen, daß die Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke im letzten Jahr nach den Preiseinbrüchen von 1981 und 1982 überwiegend angestiegen sind. Dieses Ergebnis trägt sicher auch zur Beruhigung in der zukünftigen Preisentwicklung für landwirtschaftliche Grundstücke bei.

Für die Zukunft dieser Kaufwertstatistik wäre es erforderlich, in Schleswig-Holstein das Verfahren der Erfassung (wie in Niedersachsen seit 1981) zu ändern. Nach dem heutigen Verfahren werden in Schleswig-Holstein nicht alle Kauffälle ausgewertet. Niedersachsen hat die Grundeigentumswechselstatistik mit der Kaufwertstatistik zusammengefaßt und damit neben den Finanzämtern auch die Landwirtschaftsbehörden eingeschaltet. Danach wurden 60 % mehr als nach dem alten Verfahren erfaßt.

In Schleswig-Holstein führte das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von 1953 bis 1981 eine Erhebung über den Grundstücksverkehr

des land- und forstwirtschaftlichen Bodens durch. Diese Erhebung wurde aus Sparsamkeitsgründen eingestellt. Nach den Erfahrungen aus Niedersachsen und anderen Bundesländern wäre eine Zusammenfassung und Konzentration der Grundstücksverkehrsstatistik mit der Kaufwertstatistik effizienter, denn eine solche Verfahrensänderung garantiert nicht nur eine vollständige Erfassung aller Kauffälle im Lande, sondern würde auch Fragen nach der Flächennutzung (Grünland oder Ackerland, mit oder ohne Milchquote), Art der Veräußerung, Teil- oder Einzelflächen usw. beantworten. Wegen der großen Nachfrage von Gutachtern, Käufern, Verkäufern und vielen anderen Gruppen aus dem Bereich der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft nach aktuellen Kaufwerten wäre diese Umstellung der Statistik sehr wünschenswert.

Hubertus Nicke

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht M I 7-/83. Vergleiche auch „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1979“ in dieser Zeitschrift, Heft 9/1980, S. 178.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p – vorläufige Zahl
- r – berichtigte Zahl
- s – geschätzte Zahl
- D – Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 – weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- – nichts vorhanden
- – Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / – Zahlenwert nicht sicher genug
- × – Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... – Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung	
Reiseziel Schleswig-Holstein	6/106
Gesundheitswesen	
Kinderunfälle	7/114
Wahlen	
Europawahl 1984	8/131
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler 1982	2/18
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Regionale Verbreitung von Feldfrüchten	1/1
Feldfruchternte 1983	2/22
Gartenbau	3/30
Binnenfischerei	3/37
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe	1/12
Energieverbrauch der Industrie	7/122
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Winter 83/84	8/145
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle	8/141
Preise	
Kaufwerte für Bauland	8/147
Versorgung und Verbrauch	
Ausstattung der Haushalte	6/98
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1983	4/49
Der Hamburg-Nachbarraum bis 1995	5/86

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang . Heft 9 . September 1984

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 620	2 618	2 618	2 617	2 618	2 616	2 616
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 201	1 237	2 030	1 417	1 540	1 135	1 740
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,5	5,7	9,1	6,6	6,9	5,3	7,8
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 040	1 956	1 999	1 945	1 989	1 972	1 969
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,3	9,0	9,0	9,0	8,9	9,2	8,9
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 633	2 585	2 532	2 581	2 398	2 602	2 642
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	11,9	11,4	12,0	10,8	12,1	11,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	21	19	16	21	21	16	23
* je 1 000 Lebendgeborene		10,3	9,7	8,0	10,8	10,6	8,1	11,7
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 593	- 629	- 533	- 636	- 409	- 630	- 673
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,7	- 2,9	- 2,4	- 3,0	- 1,8	- 2,9	- 3,0
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 589	5 436	4 936	5 361	6 120	5 497	5 601
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 082	4 937	4 079	5 293	4 595	4 887	4 665
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 507	+ 499	+ 857	+ 68	+ 1 525	+ 610	+ 936
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 835	10 095	8 760	9 875	10 337	9 260	9 528
Wanderungsfälle	Anzahl	20 506	20 468	17 775	20 592	21 052	19 644	19 794
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		139	140	119	141	141	134	132
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	91	107	99	99	101	107	101	102	104
darunter *Männer	1 000	54	62	58	56	57	64	59	59	59
Kurzarbeiter	1 000	15,4	17,1	14,5	9,3	4,7	16,1	12,7	8,4	4,1
darunter Männer	1 000	12,2	14,2	11,9	7,3	4,0	14,6	10,8	7,0	3,4
Offene Stellen	1 000	3,7	2,5	3,4	3,2	2,6	3,3	3,2	3,0	2,8
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 616 ^a	.	1 660	.	.	.	1 666	.
darunter *Milchkühe	1 000	541 ^a	574 ^a	.	538	.	.	.	537	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 740 ^a	1 733 ^a	.	.	.	1 783	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	190 ^a	.	.	.	194	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	131 ^a	128 ^a	.	.	.	126	.	.	.
SCHLACHTUNGEN VON INLANDTIEREN										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	37	38	31	31	26	35	39	30	36
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	236 ^b	238 ^c	245	236	221	232	235	229	231
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	2	2	2	3	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN ⁵⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	29,4	29,8	28,6	27,9	25,2	28,4	29,8	26,7	28,6
*Kälber	1 000 t	10,4	10,5	8,6	8,7	7,4	9,5	10,5	8,2	9,9
*Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	1 000 t	18,8	19,0	19,8	19,0	17,6	18,8	19,1	18,2	18,3
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR										
Rinder (ohne Kälber)	kg	283	284	279	280	283	270	272	274	276
Kälber	kg	102	106	104	100	109	108	104	108	109
Schweine	kg	81	81	82	81	80	81	81	80	80
GEFLOGEL										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	125	164	175	133	128	209	198	151	69
*für Legehennenküken	1 000	1 156	1 033	1 203	1 099	1 022	1 097	870	1 201	1 110
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	902	817	867	837	820	668	765	713	888
*MILCHERZEUGUNG										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	99	99	98	p 98	p 99	p 99	p 98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	p 13,3	13,5	16,7	15,3	13,9	p 16,0	p 15,8	p 14,1	p 12,1

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 c) Winterhalbjahr 1983/84 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	174	166	165	166	165	162	163	164	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	121	114	113	114	114	111	112	113	114
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	17 312	16 254	16 076	16 403	13 570	15 495	16 534	15 593	13 861
*Lohnsumme	Mill. DM	309,8	301,7	297,8	309,4	305,8	294,6	297,7	302,1	324,1
*Gehaltssumme	Mill. DM	198,5	202,7	205,2	212,5	197,5	197,4	205,4	212,5	205,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 420	1 559	1 373	1 460	1 157	1 435	1 463	1 545	1 708
aus dem Inland	Mill. DM	1 039	1 071	1 037	1 090	814	989	1 020	1 075	928
aus dem Ausland	Mill. DM	380	488	336	370	343	446	443	470	780
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 802	2 849	2 726	2 913	2 549	2 902	3 247	3 014	2 549
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 261	2 319	2 239	2 422	2 080	2 250	2 447	2 378	2 054
*Auslandsumsatz	Mill. DM	541	529	487	491	469	653	800	636	495
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	22	19	25	17	21	21	19	15	20
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m³	35,9	40,2	45,6	37,8	34,4	39,9	42,9	38,6	31,9
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
*Erd- und Erdöl-gas	Mill. m³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	66	68	50	62	83	79	73	74
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8	7	6	5	8	7	6	6
*schweres Heizöl	1 000 t	66	57	61	44	57	74	72	68	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	220	222	226	208	204	236	237	230	214
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	31	25	23	21	23	19	18	20	23
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
BAUHAUPTGEWERBE ⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	48 965	49 160	49 519	50 252	50 544	47 503	47 596	47 941	47 675
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	5 473	6 136	6 759	4 809	5 213	6 285	5 566	4 860
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 290	2 346	2 645	2 916	1 767	2 211	2 659	2 392	1 847
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 092	1 176	1 242	1 400	1 097	1 136	1 293	1 136	1 080
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 835	1 765	2 033	2 214	1 733	1 744	2 170	1 885	1 809
*Lohnsumme	Mill. DM	107,3	112,1	126,7	132,3	102,5	112,0	131,8	115,4	106,1
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,8	19,2	18,4	20,3	19,4	18,4	19,4	20,8	19,2
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358,6	376,1	341,2	558,1	317,8	297,6	363,0	373,6	346,1
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	211,8	247,6	315,0	276,7	242,1	242,2	286,5	240,4	210,5
AUSBAUGEWERBE ⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 422	7 998	7 785	7 913	7 968	7 723	7 843	7 928	7 984
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	983	940	905	945	835	869	980	920	908
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,6	19,1	18,3	20,5	19,0	18,0	20,0	20,8	20,5
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	56,0	46,4	69,2	40,1	45,7	52,2	54,6	52,0
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ⁹⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	972	959	723	638	661	1 920
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	808	816	783	685	651	828
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹⁰⁾										
2.VJ.83										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,4	101,3	.	100,5	.	.	.	100,8	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	128,4	134,0	.	140,9	.	.	.	132,8	.
2.VJ.84										

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	467	661	761	965	840	514	624	695	...
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	326	483	555	710	656	364	483	562	...
*2 Wohnungen	Anzahl	80	107	141	148	128	83	83	76	...
*Rauminhalt	1 000 m³	523	687	780	991	801	573	574	587	...
*Wohnfläche	1 000 m²	91	120	138	170	141	103	103	106	...
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	117	171	223	233	189	133	160	142	...
*Rauminhalt	1 000 m³	520	599	779	709	601	360	480	574	...
*Nutzfläche	1 000 m²	88	103	125	129	100	65	84	101	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 159	1 570	1 813	2 289	1 742	1 314	1 314	1 339	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	677,7	678,8	667,2	609,0	592,1	668,7	942,7	695,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	118,6	115,4	99,6	98,6	116,9	132,2	136,9	129,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	559,1	563,4	567,6	510,5	475,2	536,5	805,7	565,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,9	12,8	13,7	11,9	8,3	19,4	18,8	18,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,5	57,4	60,0	45,6	43,0	78,6	70,6	65,2	...
*Fertigwaren	Mill. DM	483,7	493,2	494,0	453,0	423,8	438,5	716,4	482,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	55,9	64,3	71,8	67,1	47,9	71,1	92,0	98,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	427,8	428,8	422,2	385,9	375,9	367,4	624,4	383,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	290,5	295,1	271,9	274,0	272,5	341,1	383,0	342,7	...
darunter Niederlande	Mill. DM	54,4	64,2	53,8	55,1	49,3	74,5	67,7	60,4	...
Dänemark	Mill. DM	58,0	57,3	53,5	60,2	48,0	72,3	96,0	76,0	...
Frankreich	Mill. DM	56,1	55,2	49,6	53,7	57,2	64,2	66,0	68,6	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	39,1	45,6	44,4	38,2	46,2	51,9	57,8	58,2	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	105,3	106,7	106,7	112,5	108,1	r 108,7	r 107,6	108,1	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	102,0	108,4	125,9	134,9	160,9	r 110,5	r 114,6	135,3	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN										
*Ankünfte	1 000	217	216	297	325	410	p 229	p 284	p 334	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	21	27	28	45	p 22	p 23	p 28	...
*Übernachtungen	1 000	1 338	1 307	1 515	2 203	3 383	p 1 184	p 1 371	p 2 080	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	40	67	49	76	p 41	p 43	p 50	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 143	1 175	1 240	1 271	1 102
Güterversand	1 000 t	545	603	626	621	526
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	164	138	121	146	125	139	133	122	142
*Güterversand	1 000 t	142	148	138	158	159	159	163	140	130
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 169	9 382	11 374	12 217	7 741	11 920	11 299
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	450	432	765	636	417	937	682
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 163	8 253	9 742	10 586	6 754	10 137	9 861
*Lastkraftwagen	Anzahl	325	400	524	476	322	480	489
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl									
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 449	1 533	1 676	1 967	1 751	1 366	1 709	p 1 755	p 1 532
*Getötete Personen	Anzahl	40	43	47	52	56	31	38	p 46	p 30
*Verletzte Personen	Anzahl	1 867	1 966	2 163	2 512	2 311	1 788	2 164	p 2 279	p 2 017

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt 1)		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN 2)										
*Kredite 3) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	61 136	65 433	62 940	63 756	63 284	65 829	66 272	67 089	66 981
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	59 217	63 597	61 108	61 964	61 489	64 114	64 578	65 419	65 342
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 118	9 907	9 320	9 804	9 056	9 590	9 674	10 211	9 770
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 878	9 190	8 872	9 199	8 745	9 322	9 451	9 924	9 494
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239	717	448	605	311	268	223	287	276
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 513	7 348	7 279	7 298	7 357	7 195	7 232	7 280	7 306
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 675	5 529	5 451	5 436	5 481	5 407	5 437	5 423	5 376
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 838	1 819	1 828	1 862	1 876	1 788	1 795	1 856	1 930
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 587	46 341	44 510	44 862	45 076	47 328	47 672	47 928	48 266
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 809	34 816	33 158	33 449	33 720	35 288	35 541	35 724	35 979
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 778	11 525	11 351	11 413	11 357	12 041	12 131	12 204	12 287
*Einlagen und aufgenommene Kredite 3) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	38 037	40 378	38 547	38 541	38 724	40 031	40 373	40 241	40 558
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	23 499	24 711	23 753	23 749	24 020	24 594	24 951	24 856	25 277
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 386	18 366	17 515	17 636	17 847	18 335	18 556	18 646	19 030
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 112	6 345	6 238	6 113	6 173	6 260	6 395	6 210	6 247
*Spareinlagen	Mill. DM	14 539	15 667	14 794	14 791	14 704	15 437	15 422	15 385	15 281
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	10 599	11 457	10 813	10 829	10 820	11 549	11 566	11 568	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	886	990	813	832	1 156	789	755	748	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	817	896	766	835	1 243	823	776	785	...
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	56	54	56	60	58	64	63	60	38
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	1	-	-	-	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	404	337	355	318	277	323	342	339	...
*Wechselsumme	Mill. DM	3,6	2,4	2,8	2,9	1,9	1,5	2,3	2,5	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART		Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.83			2.Vj.84			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 111,3	2 248,0	-	1 961,6	-	-	-	2 098,5	-
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 500,5	1 567,9	-	1 363,7	-	-	-	1 461,4	-
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 084,6	1 161,8	-	1 006,0	-	-	-	1 088,8	-
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,7	237,0	-	201,5	-	-	-	213,3	-
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,8	17,9	-	11,1	-	-	-	20,9	-
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	153,4	151,2	-	145,1	-	-	-	138,5	-
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	610,9	680,0	-	597,9	-	-	-	637,1	-
*Umsatzsteuer	Mill. DM	403,4	442,1	-	363,6	-	-	-	365,2	-
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	207,4	238,0	-	234,3	-	-	-	271,9	-
*Bundessteuern	Mill. DM	129,4	131,0	-	114,3	-	-	-	113,1	-
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,1	-	0,1	-	-	-	0,0	-
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,9	118,5	-	103,5	-	-	-	102,2	-
*Landessteuern	Mill. DM	137,8	164,2	-	178,3	-	-	-	173,8	-
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	30,9	-	27,5	-	-	-	28,0	-
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	70,6	73,8	-	93,7	-	-	-	82,0	-
*Biersteuer	Mill. DM	4,8	5,5	-	4,5	-	-	-	6,1	-
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,0	261,0	-	266,5	-	-	-	277,4	-
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,3	-	7,5	-	-	-	7,5	-
*Grundsteuer B	Mill. DM	55,6	57,3	-	54,5	-	-	-	57,5	-
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	186,4	181,8	-	182,8	-	-	-	199,5	-
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 144,6	1 202,7	-	1 049,2	-	-	-	1 096,6	-
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,3	601,3	-	521,5	-	-	-	551,4	-
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	412,3	452,2	-	397,6	-	-	-	417,3	-
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	15,8	-	-	-	14,7	-
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 214,8	1 293,4	-	1 129,9	-	-	-	1 228,6	-
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	710,8	735,3	-	641,1	-	-	-	692,2	-
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	342,7	375,7	-	294,7	-	-	-	347,9	-
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	15,8	-	-	-	14,7	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	437,2	455,2	-	452,4	-	-	-	480,7	-
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 5)	Mill. DM	139,4	145,4	-	151,2	-	-	-	170,0	-
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,2	230,6	-	217,5	-	-	-	232,8	-

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1982	1983	1983			1984			
	Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	116,2	115,8	113,4	114,5	115,5	120,5	122,4	122,1	...
Ausfuhrpreise	110,4	112,3	111,8	112,0	112,4	115,5	116,0	116,0	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1976 = 100)	138,0	137,8	r 135,8	r 136,8	r 137,6	142,7	144,0	143,8	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	114,1	115,8	115,2	115,5	115,6	118,7	118,9	119,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ (1976 = 100)	107,3	105,8	104,3	105,2	103,8	108,0	p 105,3	p 106,7	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	108,9	111,2	110,7	.	.	.	114,2	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ (1976 = 100)	127,0	128,0	127,6	126,6	126,1	131,6	p 131,3	p 131,0	...
Einzelhandelspreise (1976 = 100)	128,6	131,7	131,5	131,8	132,0	134,6	134,8	135,1	134,8
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,9	115,6	115,0	115,4	115,8	118,1	118,2	118,6	118,4
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,3	114,3	114,8	114,9	114,7	116,7	116,8	117,1	116,7
Bekleidung, Schuhe	109,8	113,0	112,8	112,8	113,0	115,1	115,5	115,5	115,5
Wohnungsmieten	109,7	115,6	115,3	115,5	115,9	119,1	119,4	119,8	119,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	125,6	124,5	121,7	122,7	123,6	127,7	127,3	127,9	127,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	113,7	113,4	113,5	113,9	115,7	115,8	115,9	116,0
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtsreis -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	646	671	.	.	685	675
darunter *Facharbeiter	679	697	.	.	715	700
*weibliche Arbeiter	437	454	.	.	464	459
darunter *Hilfsarbeiter	420	435	.	.	445	440
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	15,65	16,34	.	.	16,49	16,59
darunter *Facharbeiter	16,38	17,07	.	.	17,24	17,30
*weibliche Arbeiter	11,08	11,43	.	.	11,57	11,59
darunter *Hilfsarbeiter	10,67	10,97	.	.	11,11	11,12
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	41,2	40,9	.	.	41,6	40,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,6	.	.	40,1	39,6
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 705	3 848	.	.	3 866	3 954
*weiblich	2 533	2 654	.	.	2 675	2 726
Technische Angestellte									
*männlich	3 841	3 995	.	.	4 031	4 052
*weiblich	2 439	2 602	.	.	2 617	2 645
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 184	3 185	.	.	3 202	3 254
*weiblich	2 197	2 125	.	.	2 130	2 193
Technische Angestellte									
männlich	3 166	3 179	.	.	3 205	3 183
weiblich	(2 245)	(1 914)	.	.	(2 106)	(2 081)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 349	3 392	.	.	3 410	3 476
weiblich	2 294	2 270	.	.	2 278	2 337
Technische Angestellte									
männlich	3 805	3 925	.	.	3 958	3 977
weiblich	2 438	2 520	.	.	2 584	2 607

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen A
Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt ²⁾				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1976		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000												
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 567	6,9	44 018	2,7	95
1980	215	87	87	3	12	41	32	15	53 167	7,3	45 344	3,0	96
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	55 915	5,2	45 912	1,3	97
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	57 841	3,4	45 528	- 0,8	97
1983	179	74	80	2	60 200	3,9	46 000	0,8	97

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾			Rinder	Schweine					
	in 1 000										
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720
1981	1 544	525	1 758	(3 382) ^{a)}	473	2 922	2 446	4 702	2 075	153	889
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	3 810	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	
	in 1 000			Mill. DM			1 000 t SKE ⁸⁾					
1979	180	128	226	3 376	1 956	28 576	4 464	231	1 778	444	267	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 767	422	282	58
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 476	523	287	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50

- 1) 1979 bis 1982: Ergebnisse der 1 %-Mikrozensusbefragungen; 1983: Ergebnisse der 0,5 % EG-Arbeitskräfteerhebung
2) 1980 bis 1983: vorläufiges Ergebnis
3) ohne Ammen- und Mutterkühe
4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner
5) Gewerbliche und Hauswirtschaftliche, einschließlich des Übergewerblichen Versandes, ohne Übergewerblichen Empfang
6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
7) ohne Eigenenergie
8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ
a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 4. 1984 ^a			Bevölkerungsveränderung im April 1984 a			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1984 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 794	+ 0,2	+ 0,1	- 28	170	142	31	1	34
KIEL	247 461	- 0,0	- 0,4	- 149	57	- 92	135	1	167
LOBECK	214 019	- 0,1	- 1,2	- 106	- 159	- 265	124	1	143
NEUMONSTER	79 307	- 0,0	- 0,4	- 12	- 26	- 38	42	-	44
Dithmarschen	130 507	- 0,0	- 0,3	- 60	30	- 30	89	-	110
Hzgt. Lauenburg	157 801	- 0,0	+ 0,1	- 33	7	- 26	91	2	118
Nordfriesland	161 806	+ 0,2	+ 0,2	- 4	394	390	131	1	177
Ostholstein	194 876	+ 0,1	+ 0,4	- 61	240	179	189	5	250
Pinneberg	259 768	- 0,1	- 0,2	- 69	- 81	- 150	113	4	143
Plön	117 507	- 0,4	+ 0,3	+ 6	- 441	- 435	93	4	129
Rendsburg-Eckernförde	247 076	+ 0,0	+ 0,2	- 47	93	46	117	3	185
Schleswig-Flensburg	182 611	+ 0,0	- 0,1	- 32	57	25	90	2	120
Segeberg	214 294	+ 0,1	+ 0,4	+ 20	123	143	133	1	186
Steinburg	127 706	- 0,0	- 0,4	- 40	10	- 30	55	4	80
Stormarn	194 227	+ 0,1	+ 0,6	- 15	136	121	99	1	131
Schleswig-Holstein	2 615 760	- 0,0	- 0,1	- 630	610	- 20	1 532	30	2 017

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1984	
	Betriebe am 31. 7. 1984	Beschäftigte am 31. 7. 1984	Umsatz ⁴⁾ im Juli 1984 MILL. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	70	8 873	121	34 336	30 701
KIEL	134	23 580	321	96 420	86 498
LOBECK	140	21 594	224	83 477	74 816
NEUMONSTER	73	9 591	80	34 688	30 749
Dithmarschen	73	6 161	301	67 720	54 427
Hzgt. Lauenburg	96	7 814	79	76 144	65 637
Nordfriesland	55	3 011	53	79 315	63 893
Ostholstein	81	5 900	92	87 639	75 032
Pinneberg	192	20 267	279	122 830	107 065
Plön	48	2 574	32	56 942	47 926
Rendsburg-Eckernförde	123	9 976	113	121 299	101 534
Schleswig-Flensburg	89	5 049	110	92 984	75 490
Segeberg	175	14 384	211	117 787	101 235
Steinburg	92	10 111	202	62 656	51 137
Stormarn	149	16 234	331	94 863	83 225
Schleswig-Holstein	1 590	165 119	2 549	1 229 100	1 049 365

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1984 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

a) Die bereits in Heft 7 veröffentlichten Februar-Zahlen bleiben unverändert

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11.

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1984		Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber VZ 1970 in %	Arbeitslose am 30. 6. 1984	Kurzarbeiter Monatsmitte Juni 1984	offene Stellen am 30. 6. 1984	Schweine insgesamt am 3. 4. 1984	Rindvieh am 3. 12. 1983	
							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
in 1 000								
Schleswig-Holstein	2 615,8	+ 4,9	101,8	8,4	3,0	1 783	1 616	574
Hamburg	1 605,5	- 10,5	77,5	17,4	2,9	10	14	4
Niedersachsen	7 240,2	+ 2,2	305,5	40,1	9,9	7 363	3 315	1 193
Bremen	674,7	- 6,6	37,7	11,5	1,4	8	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 811,9	- 0,6	700,4	73,4	19,4	5 975	2 051	666
Hessen	5 556,0	+ 3,2	157,7	22,4	9,9	1 289	871	296
Rheinland-Pfalz	3 630,2	- 0,4	107,8	18,8	4,6	667	638	230
Baden-Württemberg	9 241,9	+ 3,9	200,4	53,7	22,1	2 265	1 850	694
Bayern	10 969,1	+ 4,7	295,3	65,2	20,5	4 276	5 107	2 048
Saarland	1 052,0	- 6,0	49,1	20,7	1,0	46	72	25
Berlin (West)	1 852,0	- 12,7	79,3	5,7	4,6	4	1	0
Bundesgebiet	61 249,3	+ 1,0	2 112,6	337,4	99,3	23 684	15 552	5 735

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im April 1984	
	Beschäftigte am 31. 5. 1984	Umsatz ²⁾ im Mai 1984		Beschäftigte am 30. 4. 1984		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	in 1 000						
Schleswig-Holstein	163	3 247	25	48	18	1 314	5,0
Hamburg	143	7 037	10	25	16	589	3,7
Niedersachsen	628	12 149	32	121	17	2 700	3,7
Bremen	75	1 668	33	12	17	98	1,5
Nordrhein-Westfalen	1 936	34 107	29	245	15	6 536	3,9
Hessen	598	8 580	29	92	17	2 266	4,1
Rheinland-Pfalz	358	6 847	35	68	19	1 865	5,1
Baden-Württemberg	1 352	19 721	30	192	21	4 972	5,4
Bayern	1 266	18 535	31	237	22	7 774	7,1
Saarland	139	2 102	35	18	17	455	4,3
Berlin (West)	157	3 708	13	34	18	693	3,7
Bundesgebiet	6 814	117 700	29	1 091	18	29 262	4,8

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1984			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Mai 1984				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 5. 1984 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	
		Anzahl	Je 1 000 Einwohner									im 1. Vierteljahr 1984
	in 1 000											
Schleswig-Holstein	1 200	1 025	392	1 709	38	2 164	129	5 896	520	495	...	
Hamburg	640	574	357	1 040	7	1 290	125	9 377	758	2 892	...	
Niedersachsen	3 367	2 849	393	4 157	137	5 336	132	7 407	512	496	...	
Bremen	268	241	356	451	10	523	118	8 423	595	1 320	...	
Nordrhein-Westfalen	7 511	6 693	397	8 827	173	11 221	129	8 339	558	872	...	
Hessen	2 725	2 358	424	3 164	79	4 095	132	8 850	619	817	...	
Rheinland-Pfalz	1 841	1 544	425	2 006	48	2 693	137	8 339	523	598	...	
Baden-Württemberg	4 587	3 886	420	4 882	119	6 410	134	8 991	633	785	...	
Bayern	5 441	4 427	404	6 337	218	8 383	136	9 218	563	652	...	
Saarland	494	441	419	542	11	697	131	7 930	490	577	...	
Berlin (West)	683	602	325	1 395	13	1 692	122	7 833	482	1 176	...	
Bundesgebiet	28 860 ^{a)}	24 689 ^{a)}	403	34 510	853	44 504	131	8 431	569	800	...	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

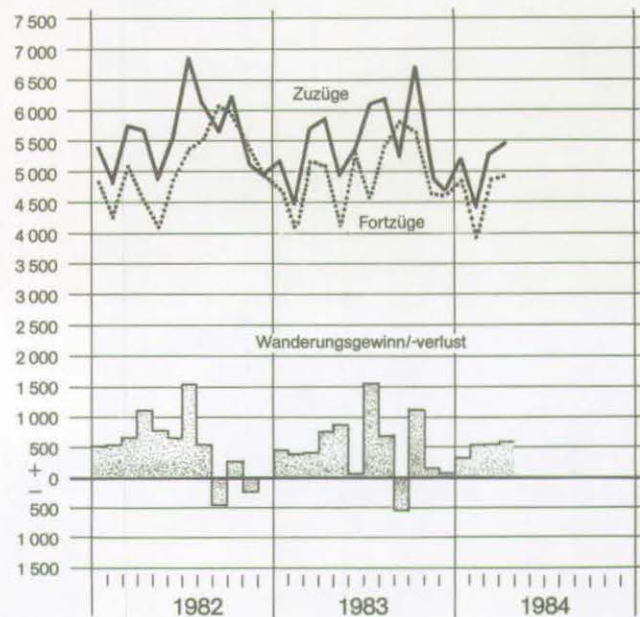
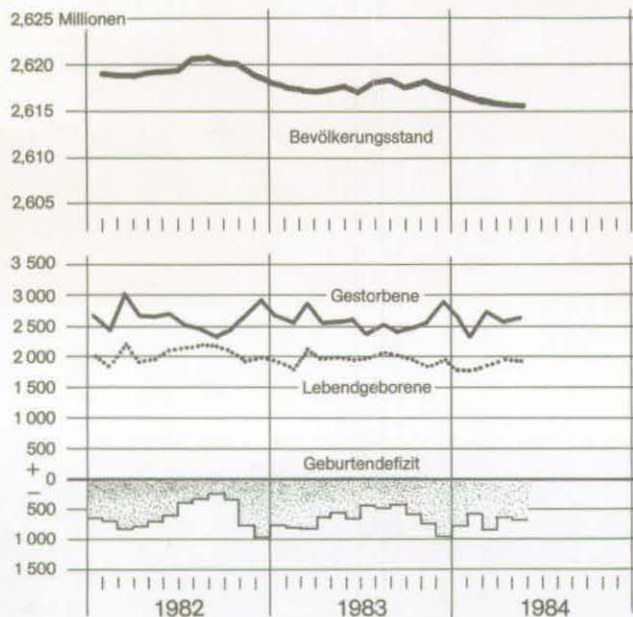
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

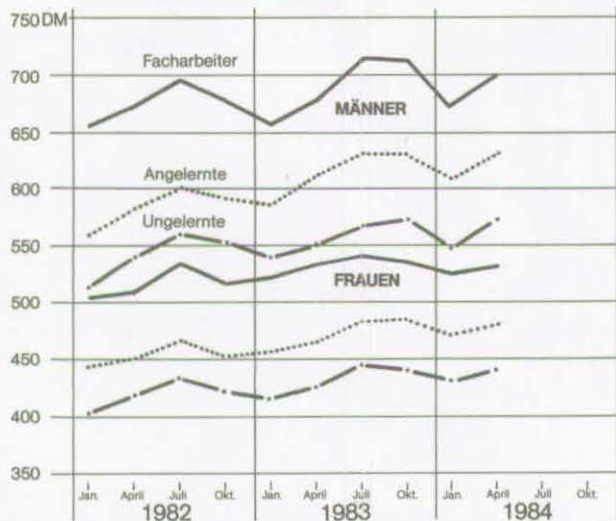
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe.

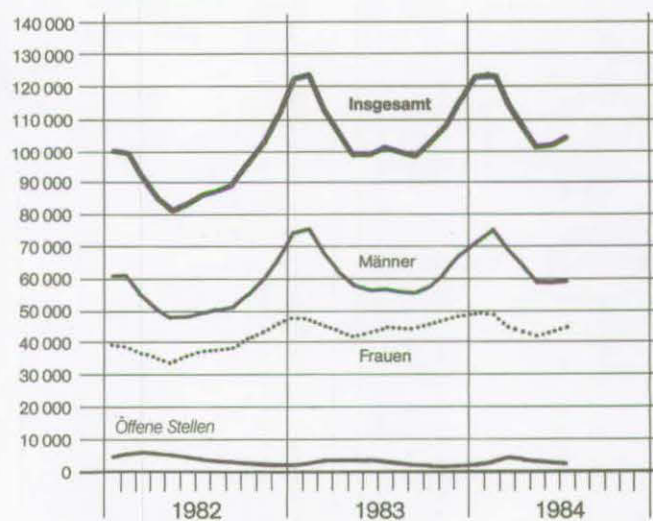
Bevölkerungsstand und -veränderung



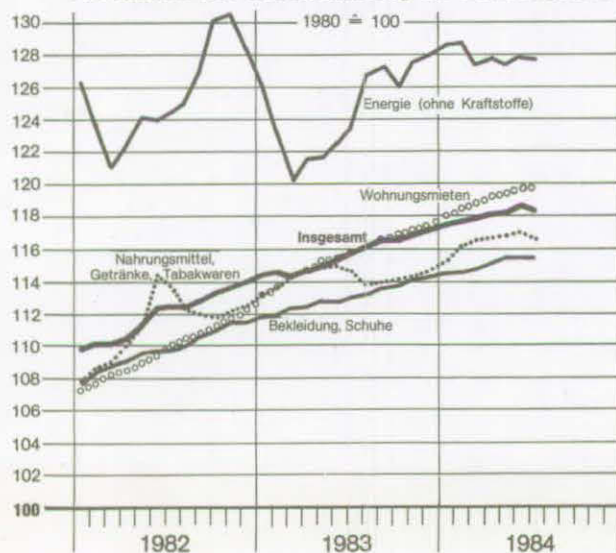
Bruttowochenverdienste



Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen

